

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreise, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 M., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telephon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 155.

Dienstag, den 6. Juli 1915.

22. Jahrg.

Das Balkanrätsel.

Der Biververband hat gehofft, daß die Intervention Italiens die zaudernden Balkanstaaten zur sofortigen Teilnahme am Weltkrieg veranlassen werde. Der moralische Eindruck der Zurückdrängung der Russen in Galizien hat aber den kriegerischen Enthusiasmus besonders in Rumänien gedämpft. Der frühere konservative Minister Arion hat in einer in Jassy gehaltenen Rede diesem Gefühl offen Ausdruck gelassen und der „Corriere della Sera“ bestätigt, daß die große Mehrheit in Bukarest denkt und spricht wie Arion.

Die kritische militärische Lage hat die Mächte des Biververbandes zu den stärksten diplomatischen Anstrengungen angespornt. Die Reise des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen nach Wien zeigen, daß auch Deutschland nicht müßig bleiben und eine gemeinsame Aktion der Mittelmächte einleiten will, um einige schwankende und zögernde Balkanstaaten zu gewinnen.

Besonders lebhaft sind die Bemühungen des Biververbandes um Rumänien und Bulgarien. Reservierter ist seine Haltung gegen Griechenland geworden, das durch das Gefühl der Isolierung eingeschüchtert werden soll, nachdem alle lödenden Versprechungen vorläufig vergeblich gewesen sind.

Mit der rumänischen Regierung verhandelt Rußland allein, wenn ihm auch die Vertreter seiner Bundesgenossen in Bukarest, besonders der französische Gesandte Blondel, alle Hilfe leisten. Die russische Regierung soll angefragt haben, ob Rumänien marschieren wolle, wenn Rußland alle seine Wünsche erfülle. Nach dem „Corriere della Sera“ hat Bratianu — offenbar ausweichend — am 19. Juni geantwortet.

Das italienische Blatt läßt sich den rumänischen Ministerpräsidenten von einer „verantwortlichen Persönlichkeit“ also schildern: „Man darf an dem redlichen Willen und Wunsch Bratianus zu marschieren, nicht zweifeln. Aber Bratianu kann nicht über die öffentliche Meinung hinweggehen, die unter dem Eindruck der russischen Niederlage in Galizien steht.“

Dagegen hat der Biververband gemeinsam in Sofia eine Note präsentiert, von der der „Corriere della Sera“ triumphierend berichtet, daß sich Rußland, England und Frankreich über ihren Inhalt monatelang nicht einigen konnten, daß sie aber kurze Zeit nach der Intervention Italiens der bulgarischen Regierung überreicht worden ist. Gefordert wird die Teilnahme Bulgariens am Kriege gegen die Türkei, als Lohn die Enos-Midia-Linie und die Abtretung eines Stückes von Mazedonien versprochen. Die bulgarische Regierung hat abgelehnt. Darüber bringt der „Corriere della Sera“ prägnante und wohlinformierende Erklärungen eines Sofioter Politikers: „Der Biververband hat Bulgarien ein begrenztes Stück von Mazedonien angeboten, vorausgesetzt, daß Serbien ein entsprechendes Entgelt erhalte, ohne aber zu sagen, welches. Klarlich kann aber kein Volk ohne Kenntnis seiner wirklichen Aussichten in einen Krieg eintreten. Und im besonderen: Welche Gebiete muß Serbien bekommen, damit es „einen entsprechenden Entgelt“ erhält? Wenn ein kleines Stück zu den von Serbien als entsprechend erachteten Kompensationen fehlte, käme Bulgarien nicht in die Gefahr, um die Früchte seiner Anstrengungen betrogen zu werden? Italien hat sich zum Kriege erst nach vollständiger Anerkennung seiner Rechte und der genauen Grenze seiner künftigen Eroberungen entschlossen. Es kann Bulgarien nicht tadeln, weil es dieselben Bürgschaften verlangt. Es ist wahr, daß Bulgarien genaue und bestimmte Kompensationen gegen die Türkei erhalten hat, aber die bulgarischen Ansprüche gegen die Türkei haben einen sekundären Charakter. Die eigentlichen Absichten des bulgarischen Volkes gehen auf Mazedonien, das das eigentliche Ursprungsland der nationalen Renaissance ist. Wenn die Bulgaren Krieg führen, führen sie einen Befreiungskampf, will sagen, einen Kampf um Mazedonien. In Sofia hegt man die Hoffnung, daß der klare und bewegliche Geist der italienischen Diplomatie innerhalb des Biververbandes solche Ueberzeugungen wecken werde.“

Damit ist an das eigentliche Problem gerührt! Der Eintritt Italiens in den Krieg ging auf Kosten Serbiens, der Eintritt Bulgariens soll wieder auf Kosten Serbiens gehen. Kein Zweifel, daß die russischen Politiker ungeduldig werden, daß sie fürchten, der Krieg werde ihnen trotz wahrhaft unerhörter Opfer nicht den erhofften Frieden bringen und daß sie sich durch die Besetzung Nordalbaniens, durch schnelle Schaffung vollendeter Tatsachen schadlos halten und so den lang begehrten Korridor an die Adria gewinnen wollen. Dadurch aber fühlt wieder Italien seine adriatischen Aspirationen gefährdet und spielt gegen Serbien dessen Nebenbuhler auf dem Balkan, Bulgarien aus. Daher der Jubel des „Corriere“, daß Italien die Ueberreichung der viel zwietracht säendenden Note an Bulgarien beschleunigt

habe, daher auch der Appell des bulgarischen Politikers an den klaren und beweglichen Geist der italienischen Diplomatie!

Das „Rukhoje Slovo“ wünscht, daß die Biververbandsmächte den goldenen Mittelweg betreten, daß sie nämlich die serbische Regierung zur sofortigen Abtretung eines Teiles von Mazedonien zu bestimmen versuchen, um die Sehnsucht der bulgarischen Politiker vorläufig zu befriedigen. Ueber den Rest von Mazedonien soll ein Sonderabkommen geschlossen werden, das seine Abtretung an die kriegerischen Erfolge Bulgariens knüpft.

In keinem Fall werden die Biververbandsmächte müßig bleiben. Der „Corriere“ läßt sich aus Rom telegraphieren: „Die Nachrichten, die aus den Balkanländern kommen, sind noch immer sehr ungewiß, widersprechen sich und entsprechen nicht völlig den Hoffnungen und Wünschen des Biververbandes. Vor allem hat seine in Sofia unternommene Aktion nicht alle Hoffnungen erfüllt, die man auf sie gesetzt hat; doch heißt das noch nicht, daß die neuen Vorschläge der vier Regierungen von England, Frankreich, Italien und Rußland, deren Ueberreichung in Sofia unmittelbar bevorsteht, kein besseres Ergebnis haben könnten. Aber Tatsache ist, daß der Schritt des Biververbandes in Sofia von neuem die wohlbestimmten Schwierigkeiten der Lage auf dem Balkan gezeigt hat. Es steht auch fest, daß der Versuch des Biververbandes, für Bulgarien territoriale Zugeständnisse von Serbien und Griechenland zu erlangen, in Griechenland und Serbien große Unzufriedenheit hervorgerufen hat und die hartnäckige Abneigung dieser beiden Länder gegen Konzessionen an Bulgarien immer mehr stärkt.“ Wie zwischen Bulgarien und Italien eine natürliche Solidarität der Interessen gegen ein Groß-Serbien besteht, so zwischen Italien und Rumänien gegen die russischen Wünsche, das Schwarze Meer zu einem russischen Binnensee zu machen und die Andraesslagge auf den schlanen Minarets der Hagia Sophia zu hissen. In Bukarest wurde dem Korrespondenten des „Corriere“ von einem der bedeutendsten Volkswirtschaftler Rumäniens und Führer der liberalen Partei gesagt: „Das Problem der Grenzen, die dem neuen Rumänien nach unverrückbaren Grundsätzen der strategischen Sicherheit und nationalen Geschlossenheit gehören werden, das Problem der Donauänderungen und der Freiheit der Dardanellen — das sind unsere drei Lebensfragen, die lösen zu helfen ein wertvolles Werk der so gewandten und vorzüglichsten italienischen Diplomatie sein wird.“ In Bulgarien ein Appell an den klaren und beweglichen Geist der italienischen Diplomatie zur Hilfe gegen Serbien, in Rumänien ein Appell an die gewandte und vorzüglichste italienische Diplomatie zur Hilfe gegen Rußland! Es wäre unfählich töricht, daraus auf eine Sprengung des Biververbandes schließen zu wollen. Sicher ist nur, daß gerade durch das Eingreifen Italiens dem russischen Einfluß ein Gegengewicht gehalten wird.

Von den Kriegsschauplätzen.

Am Westrande des Priesterwaldes haben die deutschen Truppen in einer Breite von etwa 1500 Metern einen kräftigen Vorstoß unternommen, der sie bis zu 400 Meter vorwärts brachte. Verzweifelt wehrten sich die Franzosen, um die von ihnen besetzten Gräben zu halten. Es war vergebens! Graben um Graben mußten sie räumen. Die Beute dieses Sturmangriffes, der sicher auch manchem deutschen Soldaten das Leben gekostet hat, bezifferte sich auf 1000 Gefangene, 2 Feldgeschütze, 4 Maschinengewehre und 7 Minenwerfer.

In Ost-Galizien und in Südpolen wurden weitere erhebliche Fortschritte erzielt. Die verbündeten Truppen vollbringen hier Leistungen, die der Außenstehende kaum zu beurteilen vermag. Nahezu 2 Wochen lang hat die Armee Vinsingen im steten, harten, ununterbrochenen Kampf den Gegner immer weiter nach Osten gedrängt; jetzt steht er hinter der Zlota-Lipa, zwischen 60 und 100 Kilometer von der galizisch-russischen Ostgrenze entfernt. In Südpolen wurde die russische Kampffront bei Krasnik nach mehrtägigen Kämpfen durchbrochen und hierbei 8000 Mann gefangen genommen, sowie eine Anzahl Geschütze erbeutet.

Die Gesamtlage wird vom österreichisch-ungarischen Kriegspressequartier wie folgt beurteilt: Die Geographie des Raumes, in dem österreichisch-ungarische und deutsche Truppen den unter heftigen und mit starken Kräften geführten Kämpfen sich systematisch zurückziehenden Russen siegreich

nachdrängen, ändert sich alle 24 Stunden. Heute kann im Raume längs der Linie von Kamionka, Strumilowa bis zu der an der wichtigen Eisenbahnlinie Lemberg-Brady, unmittelbar in der Nähe des Kreuzungspunktes mit der Linie Tarnopol-Lemberg liegenden Ortschaft Krasne nur von Verfolgungskämpfen gesprochen werden. Am Bug bei Arnylow brachte der russische Rückzug am Wieprz für uns erfolgreiche Kämpfe, am nördlichen Abschnitt ein beiderseits Krasnik in die russische Front geschlagenes, klaffendes Lück und weiteres siegreiches Vordringen der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand, während am südlichen Abschnitt die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen der Armee Vinsingen den Russen ihre Stellungen am westlichen Ufer der Zlota-Lipa unhaltbar machten; hierbei wurden viele Tausend Russen gefangen. Zur Ergänzung der Gesamtlage kommt noch die Abweisung italienischer Angriffe im Süden.

Ueber einen mißglückten Offensivplan unserer Gegner plauderte der ehemalige serbische Handelsminister Stojanowitsch, der sich augenblicklich in Rom aufhält, einem Mitarbeiter des „Avanti“ gegenüber folgendes aus: Anfang Mai sei die allgemeine Offensive sämtlicher Verbündeten gegen die Türkei und die Zentralmächte geplant gewesen, an deren Vorbereitung die Reise Paus nach Rußland und Serbien nicht unbeteiligt gewesen sei. Rußland beabsichtigte, in die ungarische Ebene hinabzusteigen, um sich hier mit den serbischen Truppen zu vereinigen; die beharrliche Neutralität Rumäniens, hauptsächlich aber der russische Rückzug hätten die Ausführung dieses Planes hinausgeschoben. (!) Die Befehle albanischer Städte durch Serbien und Montenegro habe nur grenzpolitischen Charakter; an der Adria wünsche Serbien sich für eine wirtschaftliche und kaufmännische Ausdehnung die Möglichkeit zu schaffen. — Man rechnet also anscheinend auf der Seite des Biververbandes damit, daß dieser Plan nur aufgeschoben ist. Doch er aber unter den obwaltenden Umständen kaum jemals Aussicht auf Erfolg hat, darüber dürften sich selbst die größten Optimisten in jenem Lager inzwischen wohl klar geworden sein.

Mit großem Geschick und viel Schlaueit angelegt war der englische Plan, Stützpunkte an der Deutschen Bucht durch Luftfahrzeuge anzugreifen. Man hatte es jedenfalls auf Cuxhaven abgesehen. Die deutschen Luftschiffe waren jedoch auf der Wacht und machten den englischen Plan zu Wasser. Durch die Beschickung derselben, entstand das Gerücht von einer Seeschlacht in der Nordsee, das jedoch jeder Begründung entbehrt.

Die Neutralen sind natürlich dem Drei- resp. Biververband ein Dorn im Auge. Deshalb taucht der Vorschlag auf, die Verbündeten sollten keine Neutralen mehr dulden. Es ist der französische Abgeordnete, Jules de la Joffe, der im „Echo de Paris“ allen Ernstes diesen Vorschlag begründet. Er meint, da der Dreiverband den Krieg für die Zivilisation führe, sei kein Land berechtigt, neutral zu bleiben; wenn die Neutralen das nicht einsehen, solle man sie durch eine Blockade zwingen, ihre Neutralität aufzugeben. In der Schwere ist man höchst erstaunt, einen solchen Vorschlag in einem stark verbreiteten Pariser Blatt zu lesen. Die „Lausanner Revue“ erwidert, unter den Gewährleistern der Schweizer Neutralität befinde sich Frankreich; die schweizerische Neutralität dürfe weder im Namen der Zivilisation noch aus militärischen Gründen verletzt werden.

Die neuen Versuche der Ententestaaten, Japan zu einer Expedition nach Europa zu veranlassen, sind auch diesmal wieder auf unfruchtbaren Boden gefallen. Die japanische Regierung hat nach Petersburger Meldungen die Aufforderung zur Teilnahme an einer bewaffneten Aktion außerhalb Asiens endgültig abgelehnt. Der in der Frage der asiatischen Politik maßgebende japanische Botschafter in Petersburg, Montona, hat offen erklärt, daß Japan keinerlei politische Interessen in Europa habe.

Nach einer Meldung des Wiener „Nachrichtenblattes“ aus Lissabon über Rotterdam soll das portugiesische Ministerium auch die neuen englischen Vorschläge auf ein

Eingreifen Portugals im Sinne des Bierverbandes abgelehnt haben.

Hiernach wäre es also wieder nichts mit der so heiß ersehnten japanischen und portugiesischen Hilfe!

Die Kriegslage.

W.B. Großes Hauptquartier, 5. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Ein englischer Angriff nördlich von Ypern auf der Straße nach Ypern und ein französischer Vorstoß gegen Souchez wurden blutig abgelehnt. Beiderseits Croix des Carmes (am Westrand des Priesterwaldes) stürmten unsere Truppen gestern die feindliche Stellung in einer Breite von etwa 1500 Meter und drangen in einem Gewirre von Gräben bis zu 400 Meter weit vor. Unter schweren Verlusten mußten die sich verzweifelt wehrenden Franzosen Gräben am Graben räumen und etwa 1000 unverwundete Gefangene (darunter ein Bataillonstab), 2 Feldgeschütze, 4 Maschinengewehre, 3 leichte, sowie 4 schwere Minenwerfer in unserer Hand lassen. Ebenso gelang ein kräftig ausgeführter Ueberfall auf eine französische Blockstellung bei Haut de Rixput (südlich von Norren) an der Mosel, die mit Besatzung und eingebauten Kampfmitteln in die Luft gesprengt und dann planmäßig wieder geräumt wurde.

Unsere Flieger bewiesen erneut im Luftkampfe ihre Ueberlegenheit. Nördlich und westlich von Bandonviller wurde am 1. und 2. Juli je ein französisches Flugzeug zur Landung gezwungen. Mit Erfolg wehrte gestern und vorgestern ein deutsches Kampfflugzeug einen Angriff von 3 Gegnern ab.

Die beim gestern gemeldeten feindlichen Luftangriff auf Brügge geschleuderten Bomben fielen in der Nähe wertvoller Kunstdenkmäler der Stadt nieder.

Westlicher Kriegsschauplatz Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Die verbündeten Truppen unter Befehl des Generals von Vinsingen haben auf der ganzen Front die Flota-Dipa erreicht und das Westufer von den Russen gesäubert. Die Armee hat Außerordentliches geleistet. In fast 14tägigen Kämpfen erzwang sie eine starke feindliche Stellung gewann den Uebergang über den Dnjeper und trieb den geschlagenen Gegner von Stellung zu Stellung vor sich her. Am Bug-Abchnitt räumte der Feind heute noch den Brückenkopf Krilow. Zwischen Bug und Weichsel wurden die Russen gestern bei Plenta-Lurobina nördlich des Bor-Abchnittes und bei Tarnowka-Krasnil erneut geworfen.

Oberste Heeresleitung.

Wien, 5. Juli. Amtlich wird berichtet: Russischer Kriegsschauplatz. In Ost-Galizien erreichten die verbündeten Truppen der Armee Vinsingen nach zwei Wochen siegreicher Kämpfe in der Verfolgung die Flota-Dipa, deren Westufer vom Feinde gesäubert wurde.

Im Abchnitt Kamionka-Strumlowa-Krasnil dauern die Kämpfe gegen russische Nachhut noch an. Bei Knylow räumte der Gegner das westliche Bugufer und brante den Ort Knylow wieder.

Beiderseits des oberen Dnieper wird gekämpft. Verbündete Truppen warfen den Feind aus seinen Stellungen nördlich des Porbaches und drangen bis gegen Plenta vor. Westlich anschließend hat die Armee des Erzherzogs Joze Ferdinand die russische Kampffront beiderseits Krasnil in mehrtägigen Kämpfen durchbrochen und die Russen unter großen Verlusten in nördlicher Richtung zurückgeworfen. In diesen Kämpfen wurden 29 Offiziere, 8000 Mann gefangen, 6 Geschütze, 6 Munitionswagen, 6 Maschinengewehre erbeutet. Westlich der Weichsel ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz. Die Kämpfe am Rande des Plateaus von Doberdo wiederholten sich gestern mit gleicher Heftigkeit. Abends wurde der Angriff von zwei italienischen Divisionen gegen den Front-Abchnitt südlich Dolazzo abgelehnt. Weiter nördlich dauert das Gefecht noch fort. Auch bei Bollichach und im Arn-Gebiet griff der Feind wieder vergeblich an. Im Kärnter und Tiroler Grenzgebiet fanden nur Geschützkämpfe statt.

Gegen Frankreich und Belgien.

Aus dem Gefängnis zur Front.

Nach Meldungen aus Genf hat der französische Kriegsminister genehmigt, die Strafgefangenen Zivilisten in Frankreich, die den mobilisierten Klassen angehören, soweit sie nicht gleichzeitig zur Auslösung aus dem Heere verurteilt sind, bedingungsweise in Freiheit zu setzen und ihrem Truppenteil einzuverleihen.

Hohe Strafe wegen verbotenen Handel.

Pariser Gerichte verurteilten einen französischen Fabrikanten von Konfirmationsartikeln, der eine Warenlieferung im Betrage von 85 Franken durch Vermittlung eines Züricher Hantjes an die Straßburger Firma Reitta u. Gintmann ausgeführt hatte, wegen Uebertretung des Gesetzes, betreffend das Verbot des Handels mit dem Feinde, zu zwei Jahren Gefängnis und 2000 Fr. Geldstrafe.

Gegen Rußland.

Eine neue russische Residenzstadt.

Über Kopenhagen kommt die Nachricht, daß die russische Presse lebhaft die völlige Verlegung der Hauptstadt nach dem neuen Rußlands erwidert. Es herrsche allgemeine Erwartung, daß die Verlegung notwendig sei, weil Petersburg weder geographisch noch ethnographisch die Zentrale sei; große Meinungsverschiedenheit bestehe aber über die Lage der neuen Hauptstadt.

Ein entlassener Militärkommandant.

Die Wiener „Wochenpost“ berichtet aus Petersburg: Der Militärkommandant von Kronstadt ist seines Amtes entsetzt worden. Der Streik in der Petersburger Staatsbetriebe dauert noch an.

Gegen Italien.

Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Die italienische Regierung hat infolge mangelhafter Kohleneinfuhr aus England angeordnet, daß vom 5. Juli ab ein Viertel aller zurzeit noch verkehrenden Eisenbahnlänge auf den italienischen Linien ausfallen. Infolge Kohlenmangels haben auch die meisten Mailänder Fabriken ihren Betrieb auf vier Wochentage eingeschränkt.

Die Bäckereien geplündert.

In Chiavari, in der Provinz Genua, blieben am Sonntag die Bäckereien geschlossen, weil die Gemeindebehörden einen Tarif für Brotverkauf aufstellten. Die Behörden mußten die Vorräte von auswärtig beziehen. Die empörte Bevölkerung veranfaßte eine heftige Kundgebung. Die Türen und Fenster der Läden wurden zertrümmert und mehrere vollständig ausgeplündert.

Gegen Serbien und Montenegro.

Montenegro braucht noch mehr Geld.

Das Londoner Bankhaus Boulton Brothers macht bekannt, daß es die Mittel zur Zahlung des am 1. Juli fällig gewordenen Halbjahreszinscheins der fünfprozentigen montenegrinischen Staatsanleihe nicht erhalten habe. Sobald die Mittel dazu in London eintreffen, solle eine entsprechende Bekanntmachung erfolgen.

Der Seefrieg.

Verlentte Schiffe.

In Plymouth kamen 68 Mann der Besatzung der Dampfer „Kenfrew“ und „Larchmoore“ an, die von deutschen Unterseebooten verlenkt wurden. Beide Dampfer versuchten zu entkommen und sind heftig beschossen worden. Ein Mann der „Larchmoore“ wurde getötet, ein anderer verwundet. — Der Dampfer „Golett Sunbeam“ wurde von einem deutschen Unterseeboot auf der Höhe von Widd. Schottland, verlenkt. Die Besatzung von fünf Mann wurde gerettet. — Die norwegische Bark „Fieren Grov“, mit einer Ladung Schmieröl, wurde von einem deutschen Unterseeboot durch Geschützkfeuer verlenkt. Die Besatzung landete in Swanea. (Schmieröl ist Konterbande.) — Der Dampfer „Traigard“, 3286 Tonnen groß, aus Leith, mit Baumwolle nach Galveston nach Havre, wurde bei den Scilly-Inseln verlenkt. — Der Dampfer „Gadsby“ aus Westhartlepool, 3497 Tonnen groß, wurde 30 Meilen südlich des Wolfsejens verlenkt. — In Rotterdam ist aus Leith ein Schiffsjunges des holländischen Loggers „Wilhelm in a 3“ angekommen, der berichtet, daß der Logger am 26. Juni an der schottischen Küste bei schwerem Nebel von einem britischen Kriegsschiff überfahren und zum Sinken gebracht wurde. 4 von der 14 Mann zählenden Besatzung seien gerettet worden.

Der englische Dampfer „Anglo Californian“, 5000 Tonnen Wasserverdrängung, kam in Queenstown an, nachdem er von einem deutschen Unterseeboot beschossen worden war. 12 Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, sind tot und viele verwundet. Der Dampfer liegt offenbar das Halbesignal des Unterseeboots unbeachtet. — Der spanische Dampfer „Juan“, der in Pauillas angekommen ist, hatte den Kapitän und 7 Mann der Besatzung des französischen Schoners „Sironnelle“ an Bord, der nach England unterwegs war und bei Quezant torpediert wurde.

Minenopfer.

Die norwegische Gesandtschaft in London sandte an das Ministerium des Äußeren folgenden Bericht: Nach Mitteilung der britischen Admiralität liegt der norwegische Dampfer „Gjejd“ am 29. Juni um 9 Uhr 15 Min. abends, 25 Seemeilen vom Lyne, auf eine Mine. Die Besatzung wurde am Lyne gelandet.

Proteste gegen das Anhalten neutraler Schiffe.

Wie der Deutschen Tageszeitung aus Stockholm gemeldet wird, richtete Schweden wegen des Anhaltens seiner Schiffe durch englische Schiffe eine scharfe Note nach London, worin die völlige Einstellung des schwedischen Schiffsverkehrs nach England angedroht wurde. — Auch die norwegische Regierung protestierte dieser Tage bei der britischen Regierung wegen einzelner Fälle des Anhaltens von Handelsschiffen durch britische Kriegsschiffe auf norwegischem Seegebiet.

Ein englischer Flieger in der Nordsee aufgefischt.

Der Umänderer Fischdampfer „Trio“ hat in der Nordsee den englischen Fliegerleutnant Bird gerettet. Bevor der Offizier an Bord des Dampfers ging, versuchte er die Flugmaschine zu verlenken. Er goß Benzin auf die Flügel und schoß dann vom Dampfer aus auf das Flugzeug. Es gelang ihm jedoch nicht, dies in Brand zu setzen. Auf Ersuchen des englischen Offiziers hat der Dampfer dann die Flugmaschine angefahren, die alsdann sank.

Zur Verlenkung des italienischen Seglers.

Die italienische Presse forderte bei der Londoner Botschaft Einzelheiten über die Verlenkung des italienischen Schiffes San Daniele durch ein deutsches Unterseeboot an der irischen Küste. Ein Teil der italienischen Presse beantragt den Vorfall, um eine bevorstehende Kriegserklärung Italiens an Deutschland voranzuführen, oder, wie „Popolo d'Italia“, sie dringlich zu fordern.

Wie die englischen U-Boote Krieg führen.

Amtlich meldet Wolffs Bureau: Ueber den Angriff englischer U-Boote auf feindliche Handelsschiffe liegen aus Konstantinopel folgende amtliche Feststellungen vor.

Erstens: Am 12. Mai wurde der türkische nicht armierte Dampfer „Tithad“, der im Hafen von Panderma Ladung nahm, ohne vorhergehende Warnung mit einem Torpedoboot angegriffen. Die Schiffe gingen fehl und trafen die Rammer.

Zweitens: Am 18. Mai wurde der türkische nicht armierte Handelsschiff „Sogan“ auf der Fahrt von Panderma nach Konstantinopel ohne Warnung von einem englischen U-Boot mit einem Torpedoboot angegriffen. An Bord befanden sich 100 Passagiere, darunter viele Frauen und Kinder. Der Schuß ging vorbei.

Drittens: Am 25. Mai wurde der nicht armierte deutsche Dampfer „Stambul“ im Bosporus von einem englischen U-Boot ohne vorhergehende Warnung mit einem Torpedoboot angegriffen und getroffen. Alle drei Dampfer fliehen zur türkischen Armee- und Marineverwaltung in weiterer Beziehung.

Viertens: Am 31. Mai wurde der unbewaffnete Dampfer „Madelaine Rickers“ in Panderma von einem englischen U-Boot ohne vorhergehende Warnung mit einem Torpedoboot angegriffen und getroffen. Der Dampfer lud Waren für Konstantinopel. Es befanden sich weder Truppen noch Kriegsmaterial an Bord.

Fünftens: Der nicht armierte Dampfer „Willy Rickers“, der vorchriftsmäßig durch ein großes rotes Kreuz auf weißem Grunde als Lazarettschiff kenntlich gemacht war und mehrere hundert Verwundete an Bord hatte, wurde am 1. Juni bei San Stephano ohne vorhergehende Warnung von einem englischen U-Boot angegriffen. Während die englische Regierung alle Mittel in Bewegung setzt, um dazutun, daß die deutschen U-Boote in einem Gebiete, vor dessen Gefahren eindringlichst gewarnt wird, durch ihr Vorgehen unmenschlich und verwerflich handeln, schonen englische U-Boote, ohne eine Warnung für nötig zu halten, in ihrem Aktionsgebiet weder Passagierdampfer noch Lazarettschiffe.

Die Verluste der britischen Handelsflotte.

Im „Journal de Geneve“ Nr. 177 vom 29. Juni 1915 findet sich ein Artikel über die Verluste der britischen Handelsmarine, in dem der Verfasser ausführt, daß an Schiffen mit mehr als 300 t Tonnengehalt in der Zeit vom 4. August 1914 bis 16. Juni 1915 145 Schiffe mit insgesamt 524 000 t vernichtet seien, darunter in der Zeit vom 18. Februar (Beginn des U-Bootskrieges) bis 16. Juni 82 Schiffe mit 252 000 t. Von diesen seien durch U-Boote 75 verlenkt worden. Bis 24. Juni kamen noch 3 Schiffe hinzu, so daß von Beginn des U-Bootskrieges bis 24. Juni im ganzen 78 Schiffe verlenkt seien.

Diese Zahlen stimmen, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht. Es sind in der Tat

vom Beginn des U-Bootskrieges

von 18. Februar bis 24. Juni

durch U-Boote vernichtet:

194 britische Schiffe, darunter 124 von mehr als 300 t Tonnengehalt;

diese letzteren ergeben

im ganzen 400 000 t

verlenkten Tonnengehalt.

Weiter ist im „Journal de Geneve“ ausgeführt:

Unter Zugrundelegen der Anzahl der angekommenen und abgegangenen Schiffe (über 300 t) aus britischen Häfen in der Zeit vom 18. Februar bis 24. Juni mit 25 911 ergebe sich über die Wirkung des U-Bootskrieges folgendes Bild:

18. Februar bis 24. Juni (126 Tage)

Zahl der verlenkten Schiffe 78

pro Woche also 4,3

pro Tag 0,62

Ankunfts- und Abfahrtsfälle 25 911

78

Ausgenutzte Gelegenheit 25 911 = 0,0031

Diese Zahlen geben kein richtiges Bild von der Wirkung des U-Bootskrieges, da in ihnen eine große Zahl von Schiffen, besonders von Küstenfahrern, mehrfach gezählt ist.

Ein zureichendes Bild für die Wirkung des U-Bootskrieges gibt der Vergleich der Tonnengehalt der vernichteten Schiffe mit dem Gesamt-Tonnengehalt der britischen Handelsflotte. Hierzu ist festzustellen, daß vernichtet sind:

1. Durch U-Bootskrieg in der Zeit vom 18. Februar bis 24. Juni:

a) Schiffe (mit mehr als 300 t Tonnengehalt) 124 mit 400 000 t

b) Fischerfahrzeuge (mit weniger als 300 t Tonnengehalt) 70 mit 18 000 t

2. Durch Kreuzerkrieg vom 4. August 1914 ab: Schiffe 57 mit 250 000 t

3. Ferner vernichtete Schiffe unbekannter Namens und Tonnengehalts 10 mit etwa 25 000 t

in Summa: Schiffe 261 mit rund 700 000 t

Der Gesamttonnagehalt der britischen Handelsflotte vor dem Kriege ist zu 20 Millionen t angegeben. Hiervon sind verloren 0,7 Millionen t.

Der bisherige Verlust beträgt also 3,5 Prozent des Gesamttonnagehalts.

Außer den britischen Schiffen sind bisher französische und russische Schiffe mit zusammen 40 000 t Tonnengehalt vernichtet worden.

Die Kämpfe im Orient.

Das aussichtslose Dardanellen-Unternehmen.

General d'Amade hatte, wie nachträglich aus den Verhandlungen der Marinekommission in der französischen Kammer hervorgeht, seine Entlassung gegeben, weil er die ganze Dardanellen-Expedition für aussichtslos hielt.

Englische Verluste an den Dardanellen.

Zu den Erklärungen des Premierministers Asquith im Unterhaus über die englischen Verluste an den Dardanellen, die bis zum 31. Mai 39 000 Mann und 1773 Offiziere betragen, bemerkt die türkische Presse, daß bis zum 1. Juli sich die Zahl um mindestens 50 Prozent erhöht hat. In einem ähnlichen Umfang bewegen sich auch die französischen Verluste an den Dardanellen. Die türkische Presse erklärt, daß zu diesen Verlusten noch der Untergang von neun Schlachtkreuzern, mehreren Torpedo- und Untersee-Booten sowie Transportschiffen, ferner die ernstliche Beschädigung einer Anzahl Dreadnoughts und der Verbrauch ungeheurer Mengen Munition hinzutritt. Aber die wichtigste Einbuße, die England und Frankreich vor den Dardanellen erlitten haben, ist nach Auffassung der türkischen Presse die Minderung ihres Prestiges.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Offizielle Erklärung an das feindliche Ausland.

Die Friedensumgebungen der deutschen Sozialdemokratie haben im feindlichen Ausland vielfach den Glauben erweckt, Deutschland liege bereits zermürbt am Boden, obgleich in den Kundgebungen das Gegenteil hervorgehoben wurde. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ zitiert nun einige französische Pressstimmen zur Rede Brauns im preussischen Landtage und zur Kundgebung des Reichstages. So sehen der „Temps“ und der „Figaro“ in den

„Lebungen, eine tiefe Entmutigung, eine schreckliche Müdigkeit, ein allgemeines Jammer in ganz Deutschland“, was die Verbündeten nur in ihrem Willen bestärken könne, wenn es überhaupt nötig wäre, den Krieg bis zum Ende durchzuführen, bis zum völligen Siege des Rechts und der Freiheit.“ Andere französische Blätter äußern sich ähnlich.

Die offiziöse „Nordd. Allg.“ vom Sonntag (2. Ausgabe) bemerkt hierzu:

„Die Unkenntnis der französischen Presse in der Beurteilung deutscher Zustände ist uns kein Novum. Wir erinnern uns, daß namhafte Blätter manche innerpolitischen Auseinandersetzungen als Zeichen innerer Zerfahrenheit, ja, als den Beginn einer Revolution angesehen haben. Wenn die Zeit einmal die Akten über die Vorgeschichte dieses Krieges öffnen wird, wird die Welt mit Staunen sehen, daß nicht nur die französische Presse, sondern hochstehende amtliche Persönlichkeiten von Bildung und Rang des Staates waren, Deutschland wäre aus Gründen der inneren Politik einem Krieg nicht gewachsen, und wie sehr der Glaube, Deutschland werde aus solchen Rücksichten doch vor der Politik der Entente kapitulieren, die Haltung der französischen Regierung gegenüber der russischen Provokation bestimmt hat. Es sind die gleichen Leute, die heute glauben, innerpolitische Differenzen werden die deutsche Widerstandskraft brechen.

Wir benötigen gern die Gelegenheit, um die französische Presse über den wahren Stand der Meinungen in Deutschland aufzuklären. Er ist ganz einfach und auch für den Außenstehenden leicht zu verstehen. In Deutschland ist man im allgemeinen der Ansicht, daß Frankreich, England und Rußland in kürzester oder fernerer Zeit einsehen werden, daß eine Besserung der militärischen Lage zu ihren Gunsten nicht mehr zu erhoffen und die Fortführung des Krieges zwecklos ist.

Von dieser Ansicht ausgehend, „gestützt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene günstige Kriegslage“, ist der sozialdemokratische Parteivorstand mit seinem Manifest hervorgetreten, wie andere Organisationen auf Grund unserer Siegeszuversicht bereits mit der Formulierung ihrer Forderungen für den künftigen Frieden vorangegangen waren. Die Unterschiede betreffen die Wünsche über den Inhalt des künftigen Friedens. Gleichmäßig ist in unserem ganzen Volke das Bewußtsein unserer Stärke. Wollen sich unsere Feinde durchaus falschen Vorstellungen über „Zeichen der Schwäche und Kriegsmüdigkeit“ hingeben, so mögen sie es tun! Das deutsche Volk wartet ohne Ungeduld und geschlossen den Zeitpunkt ab, wo unsere Feinde bereit sind, die Konsequenzen aus der militärischen Lage zu ziehen.“

Aus russischer Gefangenenschaft zurückgeführt.

Jetzt sind 38 Zivilpersonen, die bei dem ersten Russeneinfall aus dem Kreis Lyck verschleppt wurden, in ihre Heimat zurückgeführt. Die Leute sind in der Nähe von Warschau bei Straßenspaten beschäftigt worden und klagen alle über schlechte Behandlung und dürftige Verpflegung bei schwerer Arbeit. Als sie das Leben dort nicht mehr zu ertragen vermochten, beschloßen sie, die Flucht zu wagen. Eines Nachts verschwand sie in einem nahen Walde und wanderten der Richtung zu, aus der sie entsetzten Geschickdonner hörten. Sie kamen glücklich durch die russischen Stellungen und stießen auf eine deutsche Patrouille, deren Führer für Führer sorgen ließ, um die von der Wanderung vollständig erschöpften Leute weiterzubefördern.

Gemeinsamer Protest der nordischen Königreiche.

In Gemäßheit des Dreikönigsabkommens von Malmö wird der schwedische Protest wegen der russischen Neutralitätsverletzung bei der Beschießung des „Albatros“ in schwedischen Gewässern von den zwei anderen skandinavischen Staaten unterstützt. Eine Neutralitätsverletzung eines der skandinavischen Reiche trifft alle skandinavischen Reiche.

Durazzo von Serben besetzt.

Die „Mailänder Stalia“ meldet aus Korfu, daß ein dort aus Durazzo eingetroffenes griechisches Segelschiff die Nachricht gebracht hat, Durazzo sei von zwei Regimentern Serben unter dem Kommando des Obersten Popovic besetzt worden. Der italienische Bevollmächtigte Baron Alotti und Essad Pascha seien nach Rom abgereist, um mit der Regierung über die neue Lage zu beraten.

„Corriere d'Stalia“ will wissen, daß einige Dörfer des Hinterlandes von Valona von irregulären griechischen Banden unbesetzt gemacht werden, die von der Athener Regierung unterstützt würden.

Neutralitätsplakate unter militärischer Bewachung.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß an allen Straßen Plakate angeklebt sind, die dem rumänischen Volk die Vorteile der Neutralität auseinandersetzen. Da die Plakate von Anhängern der Action Nationale abgerissen wurden, werden sie jetzt von je zwei Soldaten mit aufgezacktem Bajonett bewacht.

Nus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 6. Juli.

Wie sie heimkehren.

Die Sehnsucht nach den Lieben in der Heimat ist bei allen im Felde stark. Seit Monaten spricht sie in herzbelegenden Worten aus jedem Feldpostbrief. Selbst Männer, die sonst weiche Gefühlsregungen verbargen, drängen ihre Sehnsucht nicht zurück. Der Wunsch nach einem Urlaub, und sei er noch so kurz, besetzt sie alle.

Manchem geht der Traum vieler Monate in Erfüllung. In wenigen Stunden trägt sie der Schnellzug von der Front in die Heimat. Wir sehen die Urlauber, die Uniform noch mit dem Schmutz des Schützengrabens bedeckt, vom Bahnhof ihrem Heim zustreben. In ihren Blicken liegt ein Staunen, wenn sie Stadt und Menschen so wenig verändert finden. Es muß ihnen zunächst so scheinen, als seien die elf Monate Krieg, die draußen furchtbares Erlebnis wurden, spurlos an uns vorübergegangen.

Nach der Wiedersehensfreude in der Familie erhalten auch die Freunde den Besuch des Kriegers. Ist er organisiert, so spricht er im Verbandsbureau, auf dem Parteisekretariat, in der Redaktion des Parteiblattes vor. Wie mancher, der als bleicher Fabrikmensch hinausging, wird nicht wiedererkannt, wenn er als härtiger, sonnenverbrannter Landwehrmann vor uns steht. Denn äußerlich haben sie sich alle sehr verändert.

Es gab Zeiten, im Anfang des Krieges, wo die einen hofften, die anderen fürchteten, daß auch innerlich eine „Erneuerung“ und

„Erneuerung“ mit unsern Soldaten vor sich gehe. An den Zukunftssehenden merkt man davon nichts, wenigstens nicht in dem Sinne, den der bekannte Aufschwung der Seelen herbeigeführt haben sollte. In ihren Grundanschauungen sind unsere Genossen so geblieben, wie sie waren, als sie von friedlicher Arbeit zu blutigem Kampfe aufgerufen wurden. Sie erfüllen ihre grausame Pflicht, aber in ihren Köpfen sind die Gedanken lebendig, denen sie vor dem Kriege angehangen haben.

Man muß diese sozialdemokratischen Arbeiter im Waffenkleid haben erzählen hören. Da ist nicht einer, in dem der Wörder Krieg die Menschlichkeit hätte erschlagen können. Nicht einer ist, in dem das Ideal der Völkerverbrüderung blässer geworden wäre. Mitten in „Feindesland“ suchen sie es zu verwirklichen. Mit wieviel Freundschaft sprechen sie von ihren „feindlichen“ Quartierwirten, und wenn nach dem Kriege, wie wir hoffen, die Beziehungen der Völker bald wieder sich bessern, so haben die sozialdemokratischen Soldaten dazu sicher gute Vorkarbeit geleistet.

Gewiß haben die beurlaubten Wehrleute nicht nur Gutes zu berichten. Mit wieviel Zorn und Abscheu urteilen sie über die Kameraden, deren Erziehung nicht weit genug geht, um sie von dem Uebermut des Siegers freizuhalten. Die Sozialdemokraten im Felde, deren kritischer Blick im Klassenkampf geschult ist, beobachten scharf. Es wäre gut, wenn daran der und jener dächte, dem während des Krieges fast schrankenlos die Macht gegeben ist über Menschen, die an Geist und Gemüt hoch über ihn stehen. Es wird viel Erbitterung gefaßt, die keine gute Ernte verspricht.

Der überzeugte Parteigenosse ist auch draußen treuer Leser seines Parteiblattes geblieben. Auch er billigt vielleicht nicht alles, was seit dem August 1914 in der Partei geschah, und versteht manche Veränderung nicht recht, die die kriegerische Umwälzung in der inneren Politik des Landes mit sich brachte. Aber keiner dieser Parteigenossen im Soldatenrock urteilt vorschnell und selbstgerecht, und vor allem zeigt keiner das geringste Verständnis für die Zweckmäßigkeit zerstückelnder Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Sie sparen ihren politischen Willen für die großen Kämpfe nach dem Kriege auf.

Wir hoffen, daß sie dann alle für immer so heimkehren, wie wir so manchen jetzt als Urlauber begrüßen können: als Sozialdemokraten und Gewerkschaftler, die für gewaltige Opfer ein besseres Dasein und größere Rechte verlangen. Daß auf dieses Ziel die Arbeiterbewegung sich dann mit verstärkter Stoßkraft richtet, ist ihr aller Wunsch, und darin werden sie sich wohl nicht getäuscht sehen.

Die Volksernährung während des Krieges ist eine Angelegenheit, welche der uneingeschränkten Aufmerksamkeit aller Volksteile bedarf. Es gilt nicht nur, für ausreichende Nahrungsmittel zu sorgen, sondern vor allem auch Maßnahmen zu ergreifen, durch welche die Preise aller für den Lebensunterhalt wichtigen Artikel reguliert werden, daß auch die minderbemittelten Bevölkerungsschichten sie erschwingen können. Vor einigen Tagen haben sich die Lübecker Gewerkschaften und der Sozialdemokratische Verein, wie bereits mitgeteilt, an den Senat und die Bürgerstadt mit einer Eingabe gewandt, in der eine Reihe von Vorschlägen betreffend die Sicherung der Volksernährung gemacht werden. Hoffentlich wird Lübecks Vertreter im Bundesrat ihnen die gebührende Beachtung schenken. Heute bringen wir die Rede des Genossen Wurm, die dieser am 30. Mai im Reichstage gehalten hat, nach dem amtlichen Stenogramm und empfehlen sie unseren Lesern zum eingehenden Studium. Sehr zweckmäßig ist es auch, nach dem Lesen die Rede an Bekannte weiterzugeben.

Die Beseitigung der Zuckerknappheit, die in der letzten Sauremilch- und Einmachzeit dringend zu wünschen ist, hat, wie man uns mitteilen hilft, eine an der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Delbrück, gerichtete Denkschrift des Kriegsausschusses für Konsumgüterinteressen zum Ziele. Wie schon in seiner Eingabe vom Mai, so erblickt der Ausschuss auch jetzt noch den Grund für den allgemeinen Zuckermangel in der spekulativen Zurückhaltung durch gewisse Industrie- und Großhandelskreise, die durch die bisherige Preiszuschlagspolitik außerordentlich begünstigt werde. Gegen diese Bestrebungen, die der Ausschuss als eine große Gefahr für unsere Kriegswirtschaft ansieht, verlangt er in Uebereinstimmung mit Handelskreisen eine Milderung der bisherigen Bestimmungen über die Preisregulierung dergestalt, daß es nicht mehr heißt: für Juli 40 Pfg., für Juli 80 Pfg. und für August 120 Mk., sondern daß es heißt: Juli kostet es 80 Pfg. und August 70 Pfg. mehr als bisher. Dadurch würde dem Loslagern der Vorräte erheblich Vorhub geleistet. Der von den Raffinerien vielfach als Grund für die Zuckerknappheit angegebene Arbeitermangel soll durch Zuführung von geeigneten Etappen- und Armierungsmannschaften behoben werden. Ferner fordert die Denkschrift die direkte Abgabe von Rohzucker für Einmachzwecke und die Ermäßigung der Verbrauchsabgabe für das laufende Betriebsjahr, genau wie bei der Rohzuckerfreigabe für Futterzwecke. Da die durch Bundesratsverordnung vom 27. Mai der Zentral-Einkaufsgesellschaft erteilte Ermächtigung, Verbrauchszucker zwangsweise aufzukaufen, nach dem Urteile von Sachverständigen keinen merklichen günstigen Einfluß auf die Marktverhältnisse ausgeübt hat, so soll die Gesellschaft durch Befreiung von den einengenden Bestimmungen weit entschiedener als bisher zur Durchkreuzung der spekulativen Hemmungen bei der Zuckerverföhrung in den Stand gesetzt werden. Dazu gehören auch eine Ausdehnung der angelegentlichsten neuen Bestandesaufnahme auf die Vorräte unter 50 Kilogramm, wenn nötig durch gemeindliche Erhebungen. Für den Fall einer Ablehnung dieser Vorschläge empfiehlt der Kriegsausschuss die Beschlagnahme der gesamten Zuckervorräte durch das Reich und ihre zwangsgemeinwirtschaftliche Bearbeitung und Verteilung unter Einsparung der entsprechenden Erwerbsfreize nach Art des Reichsgetreidemonopols. (Unser Leser fanden gestern einen die gleiche Frage behandelnden interessanten Artikel an leitender Stelle unseres Blattes. Red.)

Warnung. In dem Briefe eines in Frankreich gefangenen gehaltenen deutschen Soldaten an seine Familienangehörigen in Deutschland fand sich die Bitte, nichts über den Krieg zu schreiben, von dem französischen Zensur dorthin abgeändert, daß recht viel über den Krieg geschrieben werden solle. Die Mitteilung, daß der Antwortbrief nicht geschlossen gesandt werden dürfe, war wiederum von dem französischen Zensur dorthin beseitigt, daß der Brief geschlossen werden dürfe. Die Eingriffe des französischen Zensurs lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die französische Heeresleitung aus ausführlichen und vertraulichen Briefen an die deutschen Kriegsgefangenen Nachrichtenmaterial zu erlangen hofft. Ist auch nicht zu befürchten, daß den Franzosen auf diese Weise Aufschlüsse über militärische Operationen zuteil werden können, so ist doch zu bedenken, daß schon Mitteilungen über den Aufenthaltsort von anderen im Felde stehenden Familienangehörigen dem Feinde wertvolle Fingerzeige geben können, daß mit persönlichen Sorgen und Klagen durch Verallgemeinerung Mißbrauch getrieben werden kann. Den strapazierten Gepflogenheiten der französischen Heeresleitung gegenüber

empfehl ich, sich gefaßt in dieser Beziehung größte Vorsicht. Es ist deshalb dringend geboten, in den Mitteilungen an Kriegsgefangene über das durchaus Notwendige nicht hinauszugehen.

Herr Direktor Hase, der Leiter unserer städtischen Betriebsanstalten, ist, wie man uns berichtet, in der Hauptversammlung des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern in Berlin am 30. Juni einstimmig zum Vorsitzenden erwählt worden. In dem Vereine sind sämtliche Gas- und Wasserwerke Deutschlands, sowie eine große Reihe auswärtiger Werke vertreten. Er ist eine der größten technisch-wirtschaftlichen Körperschaften. Durch diese Ernennung wird die hohe Wertschätzung kundgetan, deren Herr Direktor Hase sich im Kreise seiner Fachgenossen erfreut.

Gewerbeanmeldungen für die Monate April, Mai, Juni 1915. Agenten 1, Bier-Importeure 1, Brot- und Milchhändler 1, Damenschneider 1, Darmhändler 1, Fabrikbesitzer 1, Fahrtrab- und Nähmaschinenhändler 1, Friseurinnen 2, Händler 1, Händlerinnen 3, Höfer 2, Kartoffelhändler 1, Kaufleute 2, Konfiterenhändler 1, Krämer 1, Milchhändler 1, Obst- und Gemüsehändler 2, Offene Handelsgesellschaften 2, Papierwarenhändler 1, Pferdehändler und Pferdeverleiher 2, Puhmacherinnen 3, Rohleger 1, Schankwirte 6, Schlächter 2, Schneider 1, Schneiderinnen 1, Schuhmacher 2, Seifenhändler 1, Speiteure 1, Tabak- und Zigarrenhändler 1, Tröbler 5, Wehhändler 3, Wäscherinnen 1, Weißnäherinnen 1, Woll- und Weißwarenhändler 1. Zusammen 58.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich heute vormittag im Stadtteil Schlutup bei den Kränen der Kaufmannschaft. Dort waren Hafenarbeiter mit dem Löschen von Erz beschäftigt, als plötzlich eine Kette riß, an dem ein mit Erz gefüllter Kasten befestigt war. Zwei Leute wurden dadurch verletzt; einer von ihnen so erheblich, daß er mittelst Krankenwagens nach dem Krankenhaus befördert werden mußte.

Gewitterwolken stiegen gestern abend dunkel am Firmament auf und man konnte hoffen, daß mit dem Zucken der Wolke und dem Grollen des Donners sich auch ein erquickender Regen, der sehr notwendig ist, einstellen würde. Es wurde jedoch nicht viel daraus. Schon in kurzer Zeit, nach wenigen Gewitterschlägen, klarte das Wetter wieder auf und Jupiter Blumenschön schon viel zu früh, als der Regen erst recht zu strömen beginnen sollte, die himmlischen Schleusen.

Täglich 14,3 Millionen Feldpostsendungen. Die Zahl der Feldpostsendungen ist noch immer im Steigen begriffen. Nach einer am 24. Juni vorgenommenen Zählung sind an diesem Tage aus Deutschland 8,5 Millionen Feldpostbriefsendungen nach dem Felde abgegangen. Davon waren 5,9 Millionen portofreie Briefe und Postkarten und 2,6 Millionen frankierte Feldpostbriefe und Feldpostpäckchen. Da nach einer Mitte Mai vorgenommenen Ermittlung im Felde selbst 5,8 Millionen Feldpostbriefsendungen täglich aufgefertigt werden, umfaßt der gesamte Feldpostbriefverkehr täglich 14,3 Millionen Sendungen. Von den in der Heimat aufgefertigten Feldpostbriefen müssen immer noch täglich gegen 35 000 Sendungen von den Postamtsstellen nach dem Aufgabort zurückgeführt werden, weil sie mangelhaft adressiert oder schlecht verpackt sind, daß sie nicht ins Feld geschickt werden können. Das Publikum wird daher von neuem ersucht, der richtigen Adressierung und sachgemäßen Verpackung der Feldpostsendungen die größte Sorgfalt zuzuwenden.

pb. Gestohlenes Jackett. Am Sonntag, dem 4. d. Mts. ist aus einem Automaten-Restaurant ein blaues Damenjackett abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Jackett war aus blauem Chesirot angefertigt, war einreihig und mit vier schwarzen Hornknöpfen versehen. Die Krageaufschläge waren mit schwarzer Seide besetzt. In den beiden Schößen befanden sich zwei Knöpfe.

pb. Verhafteter Einbrecher. In verfloßener Nacht wurde in der Braunnstraße von zwei Schutzleuten eine ihnen verdächtige Person angehalten. Zur Legitimation aufgefordert, ergriß sie die Flucht. Den Schutzleuten gelang es dann, den Entflohenen wieder einzufangen und festzunehmen. Es handelt sich um die Person eines schon früher verhafteten Schlossergesellen aus Hamburg. In seinem Besitz wurden eine große Anzahl Nachschlüssel, Bohrer und anderes Diebeshandwerkzeug, sowie ein größerer Geldebetrag vorgefunden. Bei seiner Vernehmung mußte er dann schließlich zugeben, hier in letzter Nacht in einem Margarinegeschäft in der Mengstraße und in einem Milchgeschäft in der Bedergstraße eingedrungen zu sein, wobei ihm der bei ihm vorgefundene Geldbetrag in die Hände gefallen sei.

Kinderserienfahrten. Man schreibt uns: Der Ostseebädnerverkehr hat, wie schon bekanntgegeben, für morgen Mittwoch eine große hitlige Feriensonderfahrt für Kinder nach Travemünde eingelegt, wozu der größte, eleganteste Passagierdampfer Lübeds „Phönix“ bestimmt ist, und sich entschlossen, diese Fahrten nunmehr jeden Mittwoch stattfinden zu lassen. Abfahrt 2 Uhr beim Holtenauer, Rückfahrt abends 7 Uhr ab Travemünde. Für Unterhaltung der Kinder an Bord ist durch Aufführungen usw. auf das Beste gesorgt. Ueber die Fahrpreise besagt die heutige Anzeige das Nähere.

Boizenburg. Grobfeuer durch fahrlässige Brandabstiftung. Eine auf dem Kammerehof Mellichoff beschäftigte Schnittlerin entleerte einen Eimer, in dem sich glühende Asche befand, hinter dem Viehhaus; durch die vom Wind fortgetriebene Asche fing ein Strohhaufen Feuer und legte das mit weicher Bedachung versehene Viehhaus in Brand; von da sprang das Feuer auf zwei große Scheunen über, in denen sich eine Wohnung und ein Stall befand. Alle drei Gebäude wurden vollständig eingestürzt. Die Feuerwehren waren infolge Wassermangels machtlos. Das Haus des Besitzers wurde nur dadurch gerettet, daß die Windrichtung günstig war. Mitverbrannt sind 11 Kühe, 1 Bulle, 2 hochtragende Starken, 2 Kälber und 20 Schweine, außerdem der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, große Ha- und Haferspeicher. Leider verunglückte der Kuhhüterer Bernunft, als er unter eigener Lebensgefahr das Vieh retten wollte. Er erlitt an Händen und auf dem Rücken so schwere Brandwunden, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die erst 21 Jahre alte Schnittlerin, die durch die Fahrlässigkeit den Brand verursacht hat, wurde verhaftet.

Barth. Grobfeuer. Montag mittag bald nach 12 Uhr brannte es in den Stallungen des Arbeiters Haslam in der Berliner Straße. Bei der sehr engen Bauart in diesem Stadtteil und bei der sehr starken Hitze sprang das Feuer bald auf die benachbarten Gebäude über. Es brannten ab in der Berliner Straße die Hintergebäude des Arbeiters Evers, des Arbeiters Padmann, des Arbeiters Hinte, der Witwe Michael, der Witwe Lange. Dagegen in der Alten Mauerstraße die Stallungen und zum größten Teil auch die Wohnhäuser des Arbeiters Goldenbaum, des Maurers Schabbel und des Arbeiters Winter. Durch das tatkräftige Eingreifen der hiesigen Feuerwehr und durch die rege Hilfeleistung der hiesigen Militärmannschaften war gegen 2 Uhr die Gefahr einer weiteren Verbreitung des Feuers beseitigt. Die Entstehung des Feuers ist bis jetzt nicht bekannt.

Penzlin. Kein Raubmord, sondern Leichenbeiraubung. Der schwärzliche Arbeiter Heinrich Stod aus Penzlin, wurde, wie berichtet, in den sogenannten Hauswiesen am See bei den Torfgräben als Leiche gefunden. Ein größerer Betrag Geld, das Stod, der als Einheber lebte und ein sehr absonderlicher Mensch war, stets bei sich trug, und das er an einamen Stellen nachzuzählen pflegte, war verschwunden. Da ferner die Leiche fäulnislos aufgefunden wurde, so kam man anfänglich zu der Annahme, daß ein Raubmord vorliege. Durch die Sektion der Leiche ist jetzt aber einwandfrei festgestellt, daß Stod eines natürlichen Todes gestorben ist. Die Wunden sind dahin aufgeklärt worden, daß St. im Todesstadium mehrmals mit dem Kopf auf den Boden aufgeschlagen ist. Erst nachdem der Tod eingetreten war, ist die Leiche beraubt worden.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

W.B. Großes Hauptquartier, 6. Juli. (Antl.) Westlicher Kriegsschauplatz. Nachts wurden 2 feindliche Angriffe bei Des Gorges abgewiesen. Die Bente des Erfolges im Priesterwalde hat sich um 1 Feldgeschütz und 3 Maschinengewehre erhöht. Außerdem fiel ein Pionierpark mit zahlreichem Material in unsere Hand.

Unsere Flieger griffen gestern den Flugplatz Corcier östlich Epinal, und ein französisches Lager bei Breisfist, östlich von Krut in den Vogesen an.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Heute am frühen Morgen wurde der stark besetzte Wald südlich Biale-Bloto, östlich der Straße Suwalki-Kalwarja, erstürmt. Dabei haben wir etwa 500 Russen gefangen genommen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Französischer Transportdampfer mit 1500 Mann vor den Dardanellen vernichtet.

In Konstantinopel, 6. Juli. (Privattelegramm des Lübecker Volksboten.) Ein französisches Transportschiff wurde gestern vor den Dardanellen von einem deutschen U-Boot torpediert. Es war ein großes Schiff, das etwa 1500 Mann an Bord hatte. Wie viel davon gerettet

wurden, konnte bisher nicht festgestellt werden. Voraussichtlich sind viele Menschenleben umgekommen, da das Schiff schnell sank.

Gewerkschaftsbewegung.

Teuerungszulagen in der Textilindustrie sind bis jetzt nach Mitteilung des Textilarbeiterverbandes 64 000 Arbeitern in 57 Orten zuteil geworden. Sie schwanken in Schlesien zwischen 1 und 4 Mark wöchentlich, im Wolfenbütteler und Bielefelder Bezirk zwischen 3 und 5 Mark. Einige Firmen im Hamburger Bezirk zahlen 10-20 Prozent mehr, 7 Firmen in Neumünster 75 Pfg. bis 2 Mark. In Kassel werden Zulagen in einem Fall bis zu 6 Mark verzeichnet, in Berlin 1 M. bis 3 M. und in wenigen Fällen bis 7,50 M. wöchentlich. Sehr schlecht ist es im Verband Sächsisch-Hüringischer Webereien mit den Teuerungszulagen bestellt. Ihr „Entgegenkommen“ bewiesen die rheinländischen und süddeutschen Industriellen. Sie zahlen gar nichts und betonen ihr Herr-im-Hause-Recht. Mit dem Verband wollen sie nichts zu tun haben. Dabei zahlten 30 große süddeutsche Textilbetriebe etwa 11 Prozent Dividende im Jahre 1912, und diese ist im Kriegsjahr gewiß nicht kleiner geworden. Alles in allem sind die Teuerungszulagen mit wenig Ausnahme gänzlich unzureichend. In einigen Orten wurde den Arbeitern noch angedroht, wenn sie nicht zufrieden seien, würden Arbeiter aus Lodz geholt. Eine Drohung mit Lohndruck, den sich die Textilarbeiter nicht ohne weiteres gefallen lassen.

Kommunales.

Kriegsfürsorge für Hausbesitzer. Die Stadtverordnetenversammlung in Stettin bewilligte 52 000 Mark (der gleiche Betrag soll aus einem Wohltätigkeitsfonds zugeschossen werden) für Hausbesitzer, die durch eingezogene Mitglieder Verluste erlitten haben. Widerspruch fand die Vorlage nur bei den Vertretern der Industrie, die befürchteten, daß dieses System der Selbsthilfe Nachahmung auch für andere Interessengruppen finden könnte.

Den Lübecker Witzschuß erhielten die Hausbesitzer bisher nur dann ausgehändigt, wenn sie auf ein Bierbel der Witzsch bis zum Höchstbetrage von 5 M. verzichteten.

Literarisches.

Vom „Wahren Jakob“ ist soeben die 14. Nummer des Jahrgangs erschienen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 21 des 25. Jahrgangs zugegangen.

Heft 14 der „Neuen Zeit“ vom 2. Juli hat folgenden Inhalt: G. Alt: Der Kampf um Konstantinopel. — Eduard David: Rautsky und mein Kartenhaus. — N. Kajanoff: Die auswärtige Politik der alten Internationale und ihre Stellungnahme zum Krieg. (Fortsetzung). — Heinrich Cunow: Vom Wirtschaftsmarkt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lämigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Neue Erfindungen kommen uns jetzt bei der großen Teuerung von Seifen sehr zu statten. Vor einem Jahrzehnt kannte man die Sauerstoffwaschmittel noch nicht; aber wer hätte es geglaubt, daß sie sich in so kurzer Zeit so gewaltig einführen würden. Dieselben enthalten als besonderen Zusatz das Perboratpulver, das eine wunderbare Wirkung hat und wie die Sonnenstrahlen bleicht. Man braucht damit nur zu kochen und ein wenig nachzuwaschen; die Wäsche wird dann blendend weiß, ohne daß die Fasern im geringsten angegriffen werden, auch wird sie gleichzeitig stark desinfiziert. Als erstklassiges bestbewährtes Sauerstoffwaschmittel gilt in erster Linie — Ragoda — besonders für weiße Wäsche, Krankenwäsche, sowie für Wollwäse. Letztere dürfen, wie allgemein üblich, nur mit lauwarmem Wasser gewaschen werden. Es sollte jetzt niemand versäumen, mit Ragoda, das wirklich unübertroffen an Güte ist, zu waschen; man spart damit Zeit, Arbeit und Geld, ganz besonders jetzt, da die Seifen sehr teuer geworden sind.

Bekanntmachung betr. Lejeholzjammeln im Israelsdorfer Revier.

Lejeholzschneide werden vom 1. Juli an vorläufig nicht mehr ausgegeben. Es bedarf künftig nur der Meldung bei dem zuständigen Forstbeamten. Das Sammeln ist wie bisher nur am Mittwoch und Sonnabend gestattet und wird an andern Tagen bestraft.

Israelsdorf, d. 30. Juni 1915. Der Revierförster.



Am 29. Juni fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser treues Mitglied, der Former **Rudolf Hansen**.
Ehre seinem Andenken!
2978) Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die erwiesene Teilnahme und reichen Kranzpenden beim Hinscheiden meines lieben guten Mannes, meiner Kinder herzensguten Vater sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Gast- und Schankwirtsverein, Kavalleristen-Verein, Transportarbeiter-Verein und für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Becker unsern innigsten Dank.
A. Krohn und Kinder.
Lübeck, den 6. Juli 1915.

Eine Zwei-Stuben-Wohnung mit Stall zu vermieten. Das wird gelegt. (2972) Bornhof, Vogesenstr. 12.

Zwei-Zimmer-Wohnung zum 1. Oktober zu vermieten. 2971) Näh. Chajotstr. 18, pt.

Fremdl. 2-Zimmer-Wohnung nach hinten mit Gas zu vermieten. Preis 200 M. (2973) Marktstraße 27.

Damen- u. Kindergarderobe wird angefertigt. 2974) Jostedthimerstr. 9, 1.

Plakate

mit Anstrich:
„Hier ist eine Wohnung zu vermieten“
„Hier ist ein möbliertes Zimmer zu vermieten“
„Hier ist ein Zimmer zu vermieten“
„Hier ist ein Logis zu vermieten“
„Dieses Haus ist zu verkaufen“
„Hier wird feine Wäsche sowie Hauswandwasche gewaschen und geplättet“
„Rauchen ist nicht gestattet“
„Auswärts geschlachtetes Fleisch“
„Frische Fleisch- u. Würstwaren“
„Eisbrennerei mit Caserol“
„F. Bierwürst“ usw. usw.
hält vorrätig

Buchdruck. Fr. Meyer & Co. Johannistr. 46.

Ragoda

wäscht unübertroffen.

Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (2975)

Visitkarten

— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an liefert

Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Glascheiben

aller Art off. D. Tauchnik, Glashandlg., Hüttenr.-Allee 13. Fernr. 808. 2976

la. Speise-Bohnenmehl

(ohne Brotmarken) offeriert zu Mk. 0.50 per Pfd. Carl Moll, Alsheide 12.

Heines Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co., Johannistr. 46.

Volksküche.

Mittwoch, 7. Juli: Bieruppe, Feitandellen, Kartoffelsalat u. Kartoffeln.

Donnerstag, 8. Juli: Specksuppe mit Äpfeln u. Backobst, Schweinefleisch und Kartoffeln.

Freitag, 9. Juli: Buttermilchsuppe, Brezstopp, Kohl und Kartoffeln.

Jede Frau sei Soldat durch Sparsamkeit in der Küche!

Wahrhaftig der „Kriegshilfe.“

Erprobten Rat für die Einmachzeit erhält jede Hausfrau

durch folgende Bändchen

der Lehrmeister-Bibliothek:

Das Einmachen der Gemüse 25 Abb. 40 Pfg. [343/4]

Einmachen der Früchte :: 15 Abb. 20 Pfg. [3]

Marmeladen- und Musbereiung 15 Abb. 20 Pfg. [4]

Die Fruchtstoffbereitung im Haushalte und Kleinbetrieb 24 Abb. 20 Pfg. [345]

Zu beziehen:

Buchhandlung Fr. Meyer & Co. Lübeck Johannistr. 46

Beerdigungs-Institut

Formel 1508. Wilh. Festerling Hansastr. 57. Uebernahme von Erd- u. Feuerbestattungen. :: Ueberführung von und nach auswärts. ::

Karte vom italienischen Kriegsschauplatz

umfassend: Italien und Sizilien, die Grenzgebiete von Frankreich, der Schweiz, von Deutschland, Österreich-Ungarn mit Bosnien, von Serbien, Rumänien, Griechenland, der Türkei und Nord-Afrika. Maßstab: 1:2 200 000, Format: 65:95 cm. — Mit 180 kriegsfähigen der kriegsführenden Länder zum Aufstecken auf Nadeln. Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei sind in Gelbdruck ausgeführt, die feindlichen Staaten in grüner und die neutralen Länder in violetter Farbgebung. — Ebenso wie unsere Karten 1. vom westlichen, 2. vom östlichen, 3. vom türkischen Kriegsschauplatz und 4. die Weltkriegslage liefern wir 5. die Karte vom italienischen Kriegsschauplatz

unseren Abonnenten für nur 40 Pfennig.

Verlag des „Lübecker Volksboten“ Johannistr. 46.

Feldpostkarten

10 Stück 5 Pfennig

hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannistr. 46.



KOSMOS

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für den geringen Jahresbeitrag von nur M 4.80

12 starke, reich illustrierte Monatshefte und 5 naturwissenschaftliche Werke erster Autoren

Belehrend / Unterhaltend

Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bzw. Probeheft bei Ihrer Buchhandlung oder der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart

Offeebäder-Verkehr.

Morgen sowie jeden Mittwoch:

Große billige

Ferien-Sonderfahrt

mit dem größten eleganten Passagierdampfer Lübeds „Phönix“ (1400 Rinder fassend) nach Travemünde.

Abfahrt 2 Uhr ab Holtentor. Rückfahrt 7 Uhr ab Travemünde.

Fahrtreise:

50 Pfg. Hin- und Rückfahrt für Erwachsene.
30 Pfg. Hin- und Rückfahrt für Kinder.
25 Pfg. Hin- und Rückfahrt für Kinderwagen.

Fernruf 8836. (2976) Die Betriebsleitung.

Blicke in den Westkrieg.

Neunzig Kilometer vor Paris!

Armeekorpskommando ... 25. Juni.

Neulich hielt ich in einem zerföhrenen Wisne-Dorfe an einem Wegweiser, auf dem stand: Paris 101 Kilometer. Von diesem Wegweiser waren unsere Grabenlinien noch 2 Kilometer weit vorgeschoben. Das war Chaussee-Entfernung. Gestern stand ich in einem Artilleriebeobachtungsposten auf der Nase einer Bergkluppe, von wo Paris in der Luftlinie keine 90 Kilometer entfernt lag. Weiß man, was das heißt? Das heißt auf Deutschland übertragen, die Franzosen stünden in Stendal oder Wittenberg, in Fürstentum, in Kattbus. Was würden die Berliner sagen, wenn die Russen in Frankfurt an der Oder ständen? Das entspricht nämlich ungefähr der Entfernung, in welcher unsere Front an Paris vorbeizieht. Die deutschen Flieger an der Wisne können von ihrem täglichen Rund- und Tiefenfluge sehr oft die Türme von Paris liegen sehen. So nahe sind wir dem Herzen Frankreichs.

Auf dem Wege zu jener Bergnase bekamen wir einen kleinen Begriff von dem, was unsere Soldaten bei nassem Wetter in ihren Stellungen auszuhalten haben. Es regnete in Strömen. Wir wanderten zunächst durch eine der vielen Steinhöhlen, durch die das Nordufer der Wisne unseren Truppen so manchen ausgezeichneten Unterschlupf gewährt. Die Höhle war leer. Nur ein Scheinwerferzug benutzte sie als Unterstand. Die Höhle war eiskalt. Uns froz. Dann traten wir aus der Höhle in den warmen strömenden Sommerregen. Vom Ausgang bis zur Beobachtungsstelle hatte der Brigade-Oberst dieses Abschnittes einen Graben auswerfen lassen. Der Graben war über einen halben Kilometer lang. Er ging durch Lehmboden und stand voll Wasser. Der Pionierhauptmann, der uns begleitete, erzählte von den Schwierigkeiten eines solchen Grabenbaues. Er kann nur nachts vor sich gehen, weil der ganze Berg im feindlichen Feuer liegt. Der ausgeschachtete Lehm kann aber nicht auf die Ränder geworfen werden. Das würde den ganzen Graben sofort verraten und zu einem leichten Ziele machen. Die Erde muß also in Röhren weggeschleppt werden. Durch diesen Graben wanderten — nein waten wir. Das gelbe Lehmwasser schlug uns um die Knie. In den Wänden siderte das Wasser herab. Und zu rutschigen Erdstücke herunter. Tote Mäuse und Maulwürfe schwammen in den Pfützen. Endlich waren wir im Unterstand, wo ein Mann uns erwartete. Dieser Posten war noch nicht besetzt. Wir waren die ersten, die von dieser Nase hinüberblicken durften — nach Paris.

Aber wir sahen nichts von der Hauptstadt des alten Europa. Wir hörten einen feindlichen Flieger über uns kreisen und duckten uns vor ihm, wie Häslein im Felde sich vor dem Adler ducken. Wir sahen auf einer Anhöhe drüben weißglänzende Grabenwerke — aus Beton, wie uns der Posten erklärte. Und zu schlug ein Geschöß auf unserer Kuppe ein. Dann spritzte der nasse Lehm hoch auf und wir duckten uns unwillkürlich. Unten im Tal zogen die feindlichen Graben von Wald zu Wald durch grüne Wiesen. Auf einer stillen Halde lag ein stiller, schmaler, brauner Graben. Grad wie ich ihn im Fernrohr habe, explodiert etwas: eine braune schwarze Fontäne bricht auf, höher als der Wald, ein dumpfnatter Knall folgt ihr und hallt, ein Echo nach dem andern lösend, von Tal zu Tal. „Das war eine Mine“ — sagt der Posten leise. Unmählich zieht der Rauch ab. Die Halde liegt still wie zuvor. Nur ein breites braunes Loch klafft in und neben dem Graben. Vielleicht sind 20 Menschen weniger auf der Welt. Vielleicht sind 20 Menschen von Erde verschüttet. Vielleicht jammern und brüllen sie, während wir hier am Rohre stehen und sagen: Dort hinten weit liegt Paris.

Als wir total durchnäht in die eiskalte Höhle zurückkamen, klapperten uns vor Kälte die Zähne. Aber als wir dann aus dem Dunkel der Höhle wieder ans Licht traten, schienen plötzlich eine stehende warme Sonne auf uns nieder. Wir

schickten das Auto nach Hause, ließen das Wasser aus unseren Stiefeln laufen und schritten mit dampfenden Kleidern heimwärts — durch einen Abschnitt, der wohl zu den saubersten der ganzen Westfront gehört. Der Oberst selber führte uns, voll Stolz. Wir sahen verlassene Häuser, die unsere Soldaten sinnig wieder hergerichtet hatten als Unterkunft für ihre Ruhetage. Balkons und Freitreppen hatten sie aus Holz gebaut und mit Blumenkästen geschmückt, aus denen die schönsten Geranien hingen. Selbst Sandsteinbauten hatten sie aufgeführt — ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit Gartenanlagen, ein riesiges Steinpodium mit Erdfüllung, auf dem eine offene Halle stand. Das Ganze auf dem Hof eines Großbauern. In der Halle spielte die Musik. Wir sahen ein altes verfallenes Kreuzifix, dessen Kassenbetretter und verschmutzt war. Unsere Hollsteiner Soldaten, die alles andere als gute Katholiken sind, hatten um das Kreuzifix ein sauberes Rund von blühenden Blumen gepflanzt, hatten es künstlerisch schlicht eingefaßt, sodaß die französischen Behörden sich bei dem Oberst bedanken „für die Ehre, die man ihrer Religion bewiesen habe“. Wir sahen außerhalb des Dorfes an einem bewaldeten Bach Bänke aus Birkenholz, saubere Wege, unauffällige freundliche Lauben, wie sie kein Verschönerungsverein besser bauen könnte. Und die Straßen des Ortes waren ganz unfranzösisch sauber. Die Misthaufen vor den Scheunen, deren Höhe auf jahrelanges Alter schließen ließ, waren rausgeschafft auf die Wiesen. Manchmal stieß man auf Mistberge, die mit allerhand Dreck, Asche, Unrat vermischt waren. Die wurden verbrannt. Wir sahen eine große Badeanstalt aus Beton, im Freien aufgeführt, sinnvoll mit Rasladen eingerichtet. Heute ist sie noch im Gebrauch von deutschen Soldaten. In Zukunft (falls die Franzosen sie nicht in Stücke schlagen werden) wird sie vielleicht ein kleines Denkmal dafür sein, daß die deutsche „Kultur“ es in einigen Punkten mit der französischen „Kultur“ doch aufnehmen kann. Denn die französische Unsauberkeit ist in der Tat etwas, das alle unsere deutschen Soldaten und besonders unsere Ärzte immer wieder zur Bergreinigung bringt. Die Abortverhältnisse selbst in gut bürgerlichen Häusern spotten zuweilen jeder Beschreibung. Ich habe im Schlosse der Marquise von B., die eine Verwandte des sächsischen und bayrischen Königshauses ist, ein Lokal dieser Bestimmung gesehen, dessen sich jede deutsche Arbeiterfrau schämen würde. Ein Stabsarzt zeigte mir einen großen Bauernhof, wo die Stallläuche unbehindert über den Hof, unter dem Wohnhaus hinweg durch den Obstgarten und dann in den Bach floß. Glücklicherweise geht an den meisten Orten die französische Zivilbevölkerung jetzt mit uns Hand in Hand, während sie zuerst den radikalen Maßnahmen unserer Hygieniker etwas mißtrauisch zusah.

Als wir in Le M. beim wärmenden Grog saßen — es war unterdessen ein klarer Juniabend angebrochen und nur ab und zu frökelten wir noch zusammen — wurden wir durch die Musik der ... er überrascht, die hier ein paar mal in der Woche ihre kräftigen Weisen vor den in Ruhestellung befindlichen Kompagnien ihres Regiments zum Besten gibt. Wir waren fast alle Norddeutsche, Hauptmann und Unteroffiziere, Mannschaften und Berichterstatter. Das erste und das letzte Lied des Programms war das schönste. Wir konnten nicht anders — wir sangen schließlich alle mit — auch die Chauffeure und Arbeitskolonnen, die ringsum standen. Wir sangen „Schleswig-Holstein Meerumflungen“. Und alle Sehnsucht und alles Heimweh, wovon man redet und wovon man nicht redet, alles zitterte in diesem Liede — über die Häuser des Dorfes hinweg, über den Wald und die farniengepflanzten Höhen. Vielleicht brachte der Wind einige absterbende Klänge nach Osten in die Heimat, vielleicht ein anderer Wind verwehte Reste nach Süden — nach Paris.

Es war nach Mitternacht. Wir fuhren 30 Kilometer weit, dicht hinter der Front. Die Nacht war klar, aber mondlos. Wir fuhren ohne Lichter. Wir kamen an eine Brücke. Eine Laterne winkte. Das Auto stand. „Parole?“ — „Dünkirchen.“ — Und wir fuhren weiter. Links von den Höhen gingen Leuchtflugeln auf. Wir standen in einem trüblichen Lichte und sahen die weiße Chaussee vor uns wie

einen Papierkreis. Dann plötzlich sanken wir ins Dunkel zurück, das Auto fuhr langsam, bis sich die Augen wieder zu recht gefastet hatten. Dann kommt ein Dorf. Wieder eine Posten. „Parole?“ — „Dünkirchen.“ — Aber diesmal zweifelt der Posten. Es ist ein vollbärtiger Mann. Er leuchtet uns mit seiner Laterne ins Gesicht. Wir müssen ihm die Papiere zeigen. Endlich dürfen wir weiter. — Jetzt kommt eine sichere Straße. Die Lampen werden angezündet. Wir sausen durch die Nacht. Insekten klatschten gegen die Lampenschirme. Ein Hase jagt quer über die erleuchtete Chaussee. Rechts auf dem Berge ein Waldstück steht mittags, hell im Lichte eines Scheinwerfers. Immer neue Posten winkten, rufen, fragen: „Parole?“ — Und jedesmal gelangen wir weiter mit dem kleinen Zauberwort, das uns der Oberst mitgegeben, „Dünkirchen.“ — Wir kamen an einem Leuchtposten vorbei. Eine schwere Batterie löst ein paar Schüsse. Im selben Moment gehen oben auf der Höhe zwei Leuchtstrahlen hoch. Und nun sehen wir, wie die Erschütterung der Erde in Wellen über das Leuchtwasser huscht und wie das Spiegelbild der leuchtenden Raketen im Wasser hin- und herzuckt. Vor dem Tore von St. M., wo wir logieren, treffen wir den letzten Posten. Er fragte: „Parole?“ — aber unser Begleiter lacht ihm ins Gesicht: „Mensch, Heint, das sind wir ja — heist Du denn gar kein Dogen?“ — „Ach so“, ruft Heint. Und dann erzählt er uns, daß Lemberg heute mittag genömen sei.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Kriegstagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

k. Berlin, 3. Juli 1915.

(Sechster Verhandlungstag.)

Für die Statutenberatskommission gab heute Philipp-Breslau den Schlussbericht. Die Kommission schlägt vor, die Bestimmungen über die Beiträge folgendermaßen festzulegen:

- Klasse I: Für männliche Mitglieder mit einem Wochenverdienst von mehr als 24 Mark 70 Pfg.
- Klasse II: Mit einem Wochenverdienst bis 24 Mark 50 Pfg.
- Klasse III: Für weibliche Mitglieder, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre 30 Pfg.

Der Uebertritt von männlichen Mitgliedern von Klasse I in Klasse II kann nur dann erfolgen, wenn dauernder Minderverdienst des Mitgliedes dies rechtfertigt. Für diese Mitglieder treten die Unterstützungssätze für Klasse II sofort in Kraft. Männlichen Mitgliedern, die weniger als 24 Mark verdienen, steht es jederzeit frei, in die I. Klasse überzutreten. Jedoch muß dieser Uebertritt vor dem vollendeten 50. Lebensjahre geschehen. Solche in eine höhere Klasse übertretenden Mitglieder bestehen in dem ersten 52 Wochen ihrer Zugehörigkeit zur höheren Klasse die Unterstützungssätze, die sie sich in der bisherigen Klasse erworben haben oder in Anrechnung kämen. Dasselbe gilt von den männlichen Mitgliedern, die von Klasse III in Klasse II übertreten. In die Klasse II können auch weibliche Mitglieder ein- oder übertreten. Die Entscheidung hierüber fällt die zuständige Ortsverwaltung.

Ueber die Festsetzung der Verdienstgrenze entspann sich nochmals eine längere Auseinandersetzung. Mehrere Redner wünschten die Grenze für die II. Beitragsklasse auf 27 Mark anstatt auf 24 Mark festzusetzen. Die große Mehrheit des Verbandstages hielt aber an der schon gezeigten beschlossenen Verdienstgrenze von 24 Mark fest und lehnte weitergehende Anträge ab. Die Vorschläge der Kommission wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der Festsetzung der Unterstützungssätze hat sich die Statutenberatskommission im wesentlichen den Vorschlägen der Statutenkommission angeschlossen. Die Unterstützungssätze in der I. und III. Klasse bleiben wie bisher. Die Sätze für die neugeschaffene II. Klasse (50-Pfg.-Beitrag) entsprechen praktisch denen der I. und III. Klasse. Den Bestimmungen über die Krankenunterstützung wurde hinzugefügt, daß Mitglieder, denen der Bezug des Krankengeldes durch Statut von Krankenkassen bei Doppelversicherung gekürzt wird, aus der Verbandskasse nur für sozial Unterstützungstage ausbezahlt erhalten, bis die Höhe des im Statut der Krankenkasse festgelegten Krankengeldbezuges erreicht ist.

in der angegebenen Weise schnell abgebrochen wurde. Beide Brüder trugen die verweste Leiche auf einer Bahre dorthin, und der Tagelöhner Wagner erhielt für seine Beihilfe abermals 100 Gulden.

Hiermit ist die Geschichte dieses Kriminalfalls, soweit sie zu unserer Aufgabe gehört, zu Ende. Von einer besonderen Nachgeschichte, auf welche Art der böse Dämon der Familie, der Tagelöhner Wagner, seine Wissenschaft ausgebaut und wieweit er der Vampir der Familie geworden, davon erhalten wir keine andere Kunde, als die allgemeine, daß er, wie Leute dieser Art, es nicht daran fehlen ließ, allerlei Vorteile zu erpressen, und nie mit der Bezahlung zufrieden war. Durch eine solche gelegentliche Neubelebung kam die Tat heraus, da er aber in seinem Verhältnis als Tagelöhner blieb, so mögen seine Erpressungen nicht gerade dem Wert seiner Wissenschaft gleichgekommen sein. Ebenso wenig wissen wir, wie die Furien im inneren Kreise der Familie sich äußerten. Die beiden Brüder besteten am folgenden Tage auf einem Berg, in tiefer Reue, während das Volk umher lachte war. Friedrich sprach es vor Gericht aus, daß sie die Tat oft gereut habe. Bei dem weiblichen Teil der Familie scheint der Grab von Stumpffinn, welcher allen eigen war, von einer besonderen Größe gewesen zu sein. Das Wohlgefühl, nicht mehr von Vätern tyrannisiert zu werden, mag das böse Gewissen ganz betäubt gehabt haben, und die Mutter sprach es noch im letzten Verhör geradezu aus, daß sie glaube, die Tat sei ihnen von Gott eingegeben worden. Mit ein bißchen Gebet ließ sich der böse Einbruch verwischen.

Die eigentliche Prozeßgeschichte ist ebenfalls einfach, da die Leichnehmer bald zum vollen Geständnis gebracht wurden. Da gegen bot der Fall der richterlichen Beurteilung mehrere erhebliche Schwierigkeiten, welche in der Feuerbachschen Relation mit aller Gründlichkeit und dem Scharfsinn dieses großen Juristen hervorgehoben und gemüßigt werden. Für unsre Leser, denen der psychologische Tatbestand der wichtigeren ist, wird es genügen, das Urteil zu erfahren, welches die baprischen Gerichte gegen die Vater- und Gattenmörder fällten.

Der Tagelöhner Wagner und der älteste Sohn des Müllers, Konrad, wurden zu Kettenstrafe, d. h. zu lebensmüßiger, mit äußerlichem Tode und vorübergehender öffentlicher Ausstellung verbundener, einjammer Gefangenschaft in schweren Ketten mit Kugel, verurteilt.

Friedrich der zweite Sohn, als Gehilfe ersten Grades, zu fünfzehnjährigem Zuchthaus.

Die Mutter und Ehefrau des Ermordeten, Barbara, als Gehilfin zweiten Grades, zu achtjährigen Zuchthausstrafe.

Der Schwarzmüller.

Schluß.

Wagner stand mit aufgehobener Art da, als die Mählglocke heftig zu läuten anfang. Der Müller kam alsbald im bloßen Hemde aus der Kammer heraus; er war ungefähr auf der letzten Stufe, als Wagner mit dem Rücken der Art einen weitausholenden Streich führte. Aber in der Dunkelheit irrte sein sicherer Arm. Statt auf den Kopf, traf er anderswo hin. Der Müller taumelte und erhob ein entsetzliches Geschrei, das von der Mutter und den Schwestern in ihren Betten gehört wurde. Wer sollte es glauben, eine der Töchter hatte fest geschlafen, obgleich sie wußten, was vorgehen würde! Auch jetzt blieben sie ruhig liegen. Der Ueberfallene wollte in seine Schlafkammer zurückflüchten, aber Wagner warf das Beil weg und sagte ihm um den Leib. Der Müller wehrte sich und packte gleichfalls zu. Beim Ringen rief er mehrmals mit flehlicher Stimme: „Ach Gott! ach Gott, laß mich gehen! — O meh! o meh! lieber Bub, laß mich los. Ich will dir auch mein Verbot nichts mehr zu Leide tun!“

Die furchtbare Mordscene sollte sich verlängern. Der Müller war noch immer so stark, daß dem Mörder beim Ringen hange ward, er möchte erliegen. Da dachte er an das Taschenmesser, das in seiner Weste lag. Er ließ den Müller ein wenig los, griff in die Tasche, holte das Messer heraus, öffnete es und stieß die Klinge dem Müller während des Ringens in den Leib. Der Schrei des Vaters ließ den älteren Sohn vermuten, der Schlag sei verfehlt. Er sprang auf, aber ging nicht an den Mordfeld, um zu helfen, sondern vor die Mühle und ließ um die Sägemühle herum, wir wissen nicht, ob vor innerer Angst, oder um zu sehen, ob niemand in der Nähe sei? Aber der Vater schrie immer lauter, entsetzlicher um Hilfe. Jetzt eilte Konrad zurück in die Küche. Der Vater hatte eben den Messerhieb erhalten, hielt sich indes noch unter furchtbarem Gestöhn aufrecht. Konrad griff in die Holzkiste, nahm ein Scheit Holz und reichte es von hinten dem Wagner. Was damit geschähe, wartete er nicht ab, sondern ließ logisch wieder auf die Straße hinaus. Wagner ließ nun das Messer fallen und schlug den Müller mit wiederholten Schlägen mit dem Holzstück auf den Kopf, bis dieser endlich rückwärts auf den Herd niederstürzte.

Aber der Müller lebte noch immer und stöhnte entsetzlich. Der kaltblütige Bösewicht ergriff hierauf einen auf dem Herd liegenden Backstein und schlug damit mehreremal mit aller Gewalt auf den Kopf des halb Ermordeten, bis — der Backstein in mehrere Stücke zerbrach. Jetzt erst schwebte des Müllers Stöhnen und Rindern.

Konrad war währenddessen in seine Kammer zurückgegangen und hatte sich in dumpfem Sinnen auf sein Bett gesetzt. Wagner

öffnete die Tür, sagte ihm, mit seinem Vater sei es nun aus und er möchte Licht anzünden. Konrad holte seinen Bruder Friedrich aus der Mühle ab, beide zündeten Licht an und traten in die Küche. Der Vater röchelte noch. Wagner verlangte von Friedrich eine Schnur, um ihn völlig zu erdroßeln. Der Sohn gab ihm ein Stückchen Faden, welches er zufällig in der Tasche trug. Es war aber nicht nötig, dasselbe zuzuziehen, denn der Schwarzmüller atmete nicht mehr.

Wagner und Konrad schleppten den Leichnam in des Müllers Schlafkammer, und der Sohn verschloß die Tür. Der Tagelöhner forderte ein Glas Brantwein trank es und entfernte sich dann, um von der sauern Arbeit auszuruhen. Konrad ging zu seiner Mutter hinauf, jammerte und rief: „O Mutter, wenn es nicht geschehen wäre, so geschähe es nimmermehr!“ Die Mutter vergoß keine Tränen, „weil der Mann sie immer so arg mißhandelt“. Sie lebte der Ueberzeugung, Gott selbst habe ihr und den Kindern den Entschluß eingegeben, ihren Mann ermorden zu lassen. Noch in ihrem Schlafverhör antwortete sie auf die Frage: Ob sie denn glaube, daß es ihr nach ihrem Tode wohlgehen werde? „Ich glaube allerdings, daß ich von Gott in Gnaden aufgenommen werde: denn ich habe auf dieser Erde so viel ausgestanden, daß es gar keine Gerechtigkeit gäbe, wenn es mir nicht nach dem Tode sollte vergolten werden.“

Am folgenden Tage, es war ein Sonntag, wurde die Ehefrau Wagner herübergeholt. Sie mußte das Blut aufwischen und erhielt zur Belohnung dafür den Wasserländer, dessen sie sich dabei bedient, zum Geschenk.

Am Nachmittage gingen die Söhne auf den Jahrmarkt nach Petersau. Nicht aus Arbeit und frecher Lust nach einer solchen Tat; sie waren schon längere Zeit von ihren Mahlgästen eingeladen und ihr Fortbleiben hätte Verdacht erwecken können. Der wilde Jubel schmit ihnen ins Herz; sie schlichen sich, sobald sie konnten, abwärts auf einen nahen Berg, fielen dort auf die Knie nieder und riefen Gott um Vergebung ihrer Sünden an.

Am Montag in der Frühe schritt man zur Beerdigung. Der Tagelöhner Wagner wickelte den Leichnam in ein Leinwand, steckte ihn in einen großen Sack und grub hinter der Sägemühle ein Grab. Erst gegen Mittag trugen Konrad und der Tagelöhner den Körper dahin. Die Ehefrau des letzteren half bei der Beerdigung. Friedrich stampfte die lockere Erde über seines Vaters Grab fest. Währenddessen stand die Müllerin unter der Haustür und begleitete die Handlung mit einem Gebet.

Erst ein Jahr und einige Monate später wurde die Leiche wieder ausgegraben und in die Leichenkammer gebracht, wo die Gebeine von den Gerichten aufgefunden wurden. Es geschah infolge der ersten Untersuchung, welche vor dem Landgericht, auf das dunkle Gerücht von einer Ermordung, im Jahre 1818 eröffnet und

reicht. Das Sterbegeld beträgt für die II. Klasse genau soviel wie für die I. und III. Klasse.

Zu den Bestimmungen des Statuts über das Verbandsorgan lag ein Antrag Leipzig vor, eine Prekommission einzusetzen. Redakteur Scherm-Stuttgart wendete sich gegen diesen Antrag. Was die Antragsteller wollten, bedeutet nichts anderes, wie eine Präventivjuris. Severing-Bielefeld und der Ausschussvorsitzende Weigig-Frankfurt a. M. sprachen ebenfalls gegen den Antrag. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Vorstand (die jetzige Besatzung) die Behandlung innerer Parteifragen im Verbandsorgan auch nicht wünsche. Daraufhin zogen die Leipziger Delegierten ihren Antrag zurück. Ein gleichlautender Antrag Pries fand einstimmige Ablehnung.

Eine andere Zusammenziehung des Beirats verlangt ein weiterer Antrag Leipzig. Den Beirat bilden bisher die beabsichtigten Vorstandsmitglieder, je ein Vertreter der Redaktion und des Ausschusses und die Bezirksleiter. Der Antrag Leipzig verlangt nun, daß außer je einem Bezirksleiter der 11 Bezirke je ein weiterer Vertreter der Bezirke, der von den Generalversammlungsdelegierten der Bezirke mittels geheimer Abstimmung durch absolute Mehrheit auf die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt wird, dem Beirat angehört. Das Vorstandsmitglied Reichel und andere Redner sprachen gegen den Antrag. Es liegt kein Bedürfnis für die Bewirkung dieses Antrages vor. Selbstverständlich ist, daß der Vorstand und Beirat bei großen Bewegungen mit den Kollegen am Orte in unmittelbarer und ständiger Fühlung zu bleiben versuchen. Andere Delegierte traten für den Leipziger Antrag ein. Er wurde aber gegen wenig Stimmen abgelehnt.

Für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige örtliche Zwecke stehen den Ortsverwaltungen aus dem 50-Pfg.-Beitrag 10 Pfg. zu.

Das so geänderte Statut wurde hierauf einstimmig angenommen. Es tritt mit den Statutsbeiträgen, also spätestens am 1. Juli 1916, wahrscheinlich aber schon am 1. Januar 1916, in Kraft.

Bei der Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Ausschusses wurde von einem Hamburger Delegierten gegen die sonst übliche en-bloc-Wahl Widerspruch erhoben. Es mußte darum Abstimmung per Stimmentafel erfolgen. Diese hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 146 Stimmentafeln, von denen 6 weiß waren. Wiedergewählt wurden Schilde als 1. Vorsitzender mit 138 Stimmen, Reichel als 2. Vorsitzender mit 137, Werner als Kassierer mit 139, Redakteur Scherm mit 133, Redakteur Luit mit 134, Ausschussvorsitzender Weigig-Frankfurt a. M. mit 137 und dessen Stellvertreter Siegel mit 136 Stimmen. Als Sekretär wurde in den Vorstand neugewählt mit 132 Stimmen Gauleiter Fierneck-Berlin.

Am Schluß der Tagung begründet Kurtz-München eine Resolution gegen die Revolutionspolitik der bayrischen Regierung, der der Verbandstag einstimmig zustimmte. In dieser Entschließung protestierte die Generalversammlung gegen die fortwährende ausnahmsrechtliche Behandlung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in den Betrieben der bayrischen Verkehrsverwaltung. Zur Erfüllung der sozialen Aufgaben unserer Zeit ist die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger erforderlich. In Ansehung dieser Tatsache fordert daher die Generalversammlung die Aufhebung des Gesetzes.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung, deren Beratungen anders gekommen sind, wie sie geplant waren, erledigt. Verbandsvorsitzender Schilde betonte in seiner Schlußrede, die Generalversammlung habe befunden, daß wir nicht nur im eigenen Vaterland die Organisation aufrecht erhalten, auf organisatorischem und wirtschaftlichem Gebiet durchhalten wollen, sondern uns auch bemühen, in der internationalen Familie zu den Besten zu gehören. Möge der unelastische Krieg bald beendigt werden, daß wir die Friedensarbeit wieder beginnen können! (Lebh. Beifall.)

Die nächste Generalversammlung tagt 1917 in Köln.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Preussische Verlautlichung Nr. 266

enthält folgende Truppeneile:

Infanterie u. m.: Garde: 1. und 4. Garde-Regiment i. F. — Leib-Infanterie-Regiment. — Grenadiere, h. m. Infanteries, h. m. Infanterie-Regiment Nr. 3, 4, 12, 13, 19 (i. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 27, 39 (Reserve-Inf.-Regt. Nr. 255), 40, 41, 43, 45, 49, 57, 59, 61, 62, 63, 73, 74, 80, 87, 88, 91 bis einschl. 97, 99, 110 bis einschl. 116, 120, 131, 132, 133, 135, 137, 140, 141 (i. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 255), 142, 147, 148 (i. u. a. u. Ref.-Inf.-Regt. v. Reinhardt), 149, 150, 153, 155, 157, 158, 159, 161, 163 (i. Ref.-Inf.-Regt. v. Balthasar), 166, 168, 170, 171, 172, 173, 175, 176, 235. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 3, 8, 17, 19, 20, 24, 28, 32, 46, 48, 52, 56, 61, 64, 67, 77, 79, 83, 81, 85, 90, 92, 93, 94, 98, 99, 102, 118, 202, 206, 207, 208, 214, 216, 217, 219, 235, 238, 249, 253 bis einschl. 258, 271, 272. — Ersatz-Infanterie-Regiment Königsberg I (i. Ref.-Inf.-Regt. v. Nussbaum) und III, Balthasar, v. Nussbaum, v. Reinhardt. — Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 3, 7, 15, 17, 21, 23,

Gegen die Älteste Tochter, Margarete, erkannte das Gericht, daß die Unternehmung gegen sie wegen mangelnden Beweises einzustellen sei; die jüngste, Kunigunde, wurde von aller Strafe freigesprochen.

Die Anna Wagner, des Tagelöhners Frau, kam für ihre Beihilfe, wegen mehrerer Minderungsgründe, mit einer einjährigen Arbeitsstrafe weg.

Als dem jüngeren Sohn, Friedrich, am 12. August 1822 das Urteil vorgelesen wurde, rief er aus: Ich kann mich nicht dabei beruhigen, ich kann die Strafe nicht aushalten. Lieber will ich mir gleich das Leben nehmen lassen, als 15 Jahre ins Zuchthaus! — Ich kann — ich kann mich nicht überzeugen, daß ich wegen eines so lächerlichen Vergehens, als mein Vater war, zu so harter Strafe verurteilt werden kann. Solange mein Vater lebte, war ich mein Leben ein Zuchthausleben; und nun noch 15 Jahre dazu, da ich mir der Tod lieber!

Auch seine Mutter, Barbara, wollte appellieren, beide entzogen jedoch später freiwillig der weiteren Berufung. Friedrich äußerte dabei: Ich me es, damit ich endlich aus der peinlichen Ungewißheit komme und daß bald Hoffnung habe, aus dem Straferte frei zu werden, wenn sie aus meinem Betragen gesehen haben werden, daß ich ein reuiger, aber kein verdorbener Mensch bin, und daß ich mich Anstrengung machen darf auf die würdige Gnade.

Der Tagelöhner Wagner und der Älteste Sohn, Konrad, wurden am 16. November, nachdem das Oberappellationsgericht das erste Erkenntnis bestätigt hatte, auf öffentlichen Markt, mit einer Tafel auf der Brust, in Ketten geschleppt, in denen sie herben sollten! Des Schwärzlers Ansprüche hielten sie eine Stunde lang am Pranger aus, um sie dann zu einjähriger Einperrung ins Zuchthaus abzuführen. Konrad erlag die Strafe, wie man es nun ihm erwartete durfte. Seiner Strafe bewußt, litt er ruhig, schweigend und mit gelassener Hand. Wagner dagegen blühte froh und ruhig unter die zahllos verurteilten Zuchthauer. Einzelne nannte er sogar Witze, als wolle er brechen. Er hob die Sandtafel vor der Brust in die Höhe, um sie in frechem Spott der Menge nach besser zu zeigen.

Seiner neben mit dem Ältesten vor seiner Tod zugleich das allgemeine Urteil, dieser zugleich das Entgegen vor seiner Bravourheit, den Ältesten gegen seine Person, mit in den bürgerlichen Tod hinüber! Damit schließt gewißlich seine Verurteilung. Wir wissen nicht, was aus der Mutter und den Söhnen in Zuchthaus geworden ist.

89, 49, 86, 76, 77, 81, 82 und v. Gundlach. — Landwehr-Infanterie-Bataillon Verdenburg (i. Landw.-Inf.-Regt. v. Gundlach). — Landsturm-Infanterie-Bataillon Königsberg III. — Jäger-Bataillone Nr. 2, 6; Reserve-Bataillone Nr. 1, 3, 14, 17. — Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 26 (i. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 118); Stellungsmaschinengewehr-Abteilung Nr. 1 Posen (i. Inf.-Regt. Nr. 388) und Nr. 14 Thorn.

Kavallerie: Kürassiere Nr. 2; Husaren Nr. 2, 7, 18, 16; Reserve-Husaren Nr. 6; Ulanen Nr. 7; Jäger zu Pferde Nr. 9; 8. Landsturm-Regiment des V. Armeekorps.

Feldartillerie: 2., 3. und 5. Garde-Regiment; 3. Garde-Reserve-Regiment; Regiment Nr. 4, 5, 9, 14, 15, 16, 21, 27, 30, 41, 50, 57, 59, 62, 67, 70, 71, 74, 83, 112, 221, 225; Reserve-Regiment Nr. 16, 19, 20, 44, 51; Landwehr-Regiment der 9. Landwehr-Division.

Fußartillerie: Regiment Nr. 2 (i. Ref.-Fußart.-Regt. Nr. 7), 7, 10, 11, 20; Reserve-Regiment Nr. 7, 8, 18, 25; Reserve-Bataillon Nr. 22; Schwere Feld-Haubitz-Batterie Nr. 216 (siehe Ref.-Fußart.-Regt. Nr. 7).

Pioniere: Regiment Nr. 25, 29; Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 5, II. Nr. 7, I. Nr. 27, III. Nr. 28; Ersatz-Bataillon Nr. 11; Kompagnien Nr. 187, 221; Reserve-Kompagnien Nr. 45, 46; 1. Landwehr-Kompagnie des I. 3. des VI. und 2. Landsturm-Kompagnie des XIV. Armeekorps; Abteilung der 7. Kavallerie-Division. Sturmabteilung, Leichte Minenwerfer-Abteilung Nr. 227; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 154; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 56.

Luftschiffer-Bataillon Nr. 5. Train: Garde-Train-Ersatz-Abteilung; Train-Ersatz-Abteilung Nr. 8. Fuhrparkkolonne Nr. 1 des IV. Armeekorps und solche der Garnisonverwaltung Königsberg i. Vr.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des VII. Armeekorps; Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 6 der 41. Reserve-Division; Stappen-Sanitätsdepot der Südarmer. Freiwillige Krankenpflege.

Armerungs-Formationen. Artilleriedepot Wesel. Kriegsbekleidungsämter. Feldpost: Armeepostdirektion der 10. Armee; Feldpost-Expedition der 1. Infanterie-Division.

Sächsische Verlautlichung Nr. 166. Württembergische Verlautlichung Nr. 213 u. 214.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes

fordert ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der 2. sächsischen Kammer. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Interpellation über die Handhabung des Belagerungszustandes in Sachsen eingebracht. Die Regierung lehnte eine Verantwortung der Interpellation ab, weil sie in dieser Frage unzuständig sei. Nunmehr hat die Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, bei der Reichsregierung für die alsbaldige Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes auf dem Gebiete des Presses, Vereins und Versammlungsrechtes mit allem Nachdruck einzutreten.“

Eine Vergeltungsmahnahme.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Bundesrats vom 1. Juli betr. die gewerlichen Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger. Danach können „im Wege der Vergeltung“ Patentrechte, Gebrauchsmusterrechte und Warenzeichenrechte, soweit sie Angehörigen feindlichen Staaten zustehen, durch Anordnungen des Reichsanwalters im öffentlichen Interesse beschrankt und aufgehoben werden. Insbesondere können anderen Ausübungs- und Nutzungsrechte erteilt werden. Den Anordnungen kann rückwirkende Geltung beigelegt werden. Feindliche Staaten im Sinne der Verordnung sind England, Frankreich und Rußland.

Oesterreich-Ungarn.

Branntweinmonopol. Die Regierung hat die Branntweinsteuer um 20 Kronen für den Hektoliter reinen Alkohols (d. i. ungefähr vier Hektoliter Trinksbranntwein) erhöht. Die Kontingentinhaber werden verpflichtet, ein weiteres Jahr die jetzigen Preise innezuhalten, während die Regierung den Preis für Brennspiritus pro Liter um 10 Heller, die Vergütung (Liebesgabe) pro Hektoliter um 2 Kronen herabgesetzt hat, dies um der Ueberproduktion entgegenzuwirken. Das Kartell wird vom Staat vor dem Aufkommen von konkurrierenden Lieferanten dadurch gestützt, daß die Regierung keine neuen Branntweinlizenzen erteilt. Die Regierung fügt der Verordnung den Kommentar hinzu, daß nun die Einführung eines staatlichen Branntweinmonopols in den Kreis der allgemeinen Erörterung tritt.“

Aus der Partei.

Preneublaum. Die „Volkswacht“ in Bielefeld erschien als Jubiläumsausgabe; sie feierte ihr 25-jähriges Bestehen. Die 34 Seiten umfassende Nummer enthält Erinnerungen aus der Gründungszeit und mehrere der Bedeutung des Ereignisses und den Zeitfragen gewidmete Artikel. Das Zeitungsunternehmen hat sich allmählich zur jetzigen Höhe entwickelt und besitzt heute eine Heftigkeit und eine Heftigkeit Rotationsmaschine. Während des Krieges hat sich die „Volkswacht“ gut behauptet.

Hausjungen ohne Ende. In Essen fanden im Parteilektariat, der Redaktion der „Arbeiterzeitung“, sowie in den Wohnungen einiger bekannter Genossen Hausjungen statt. Geleitet wurde der Aufzug des Parteivorstandes: Sozialdemokratie und Frieden, sowie einzelne Flugblätter. Der Feind steht im eigenen Land um. Gefunden wurde außer einem Exemplar des Parteivorstandes-Anrufes schon deshalb nicht, weil die in Frage kommenden Genossen die gestohlenen Flugblätter nicht verbreiteten.

Des Kollisch in als österreichischer Landsturminfanterist in Gefangenschaft. Sein Name ist den Lesern der Parteipresse aus vielen Heftchen bekannt, in denen er stets in anziehender Form seine argentinischen Erlebnisse und seine Beobachtungen aus dem deutschen und österreichischen Volksleben niederlegte. Sein im Vorwärtsverlag erschienenenes Jugendbuch „Das Land der Zukunft“ hat viel Beachtung gefunden. Kollisch war vor Jahren in Nordamerika, seiner Heimat, Parteiredakteur, dann Angehöriger der Hammerwerke in Wien und zuletzt im vorigen Jahre Redakteur an der Mannheimer „Volkswacht“.

Konflikt in der italienischen Sozialdemokratie. Die schweizerische Deputationsagentur meldet, daß laut dem „Corriere della Sera“ in Turin in der sozialdemokratischen Partei eine schwere Krise entstand wegen des Tadepotiums für jene Sozialisten, welche dem Hilfskomitee für die Familien Erben ihrer Angehörigen leihen wollten. Eine sehr bewegte Versammlung nahm eine Tagesordnung an, in der erklärt wurde, eine solche Beteiligung komme der Erhaltung zum Kriege gleich.

Geschichte einer sozialistischen Geheimdruckerei in Rußland. Das Parowogara der polnischen Sozialisten, „Robotnik“ (Der Arbeiter), der unter russischer Herrschaft im geheimen redigiert und in geheimen Druckereien fast 20 Jahre lang hergestellt wurde,

erscheint, nachdem die Russen aus Dombrowa vertrieben, wieder öffentlich als legales Organ. Das Blatt gibt nun einen sehr interessanten Überblick über seine Geschichte. Es wurde 1894 begründet, die Redaktion befand sich in Warschau, während die Druckerei ihren Sitz in einer kleinen Stadt Litauens hatte. Anfangs wurde das Blatt nur in einer Auflage von 1200 Stück gedruckt, Maschinen und Schriften wurden aus London eingeführt, und zwar über Eydtkuhnen-Wirballen. Der Transport über die preussisch-russische Grenze war nur deswegen möglich, weil einer der russischen Zollbeamten in Wirballen Mitglied der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.) war. Die Kämpflichkeit der Buchdruckerei waren schon im Jahre 1894 fast verraten worden. In dem Hause, wo die Zeitung im Keller hergestellt wurde, war ein hübsches Dienstmädchen, in das sich der Seher, der die Zeitung setzte und druckte, verliebte und dem er Mitteilung von der Geheimdruckerei machte. Das Mädchen bekam Gewissensbisse und wollte der Polizei schon Kenntnis von seiner Entdeckung geben, man beruhigte es aber zunächst. Da die Sozialisten aber doch ihrer Sache nicht sicher waren, schafften sie die Geheimdruckerei nach Wilna in die Alexandrowskistraße. Die Polizei nahm um diese Zeit eine Reihe Hausdurchsuchungen in Warschau, Radom und Dombrowa vor, und da sie die Geheimdruckerei nirgends entdeckte, vermutete sie, daß sie sich im Auslande befände. Die Druckerei blieb einige Jahre unentdeckt in Wilna und wurde dann nach Lodz gebracht, wobei auch die Redaktion von Warschau verlegt wurde. Der Redakteur Joseph Wisudski wohnte unter dem falschen Namen Dombrowski mit seiner Frau in Lodz. Nach einiger Zeit wurde die Geheimdruckerei von der Geheimpolizei entdeckt. Als ein Seher Papier in einer Papierhandlung zum Druck der Zeitung eingekauft hatte, ging ihm ein Geheimagent der Polizei nach und stellte fest, in welchem Hause das Papier abgegeben wurde. Es wurde nachts in dem Hause eine eingehende Hausdurchsuchung vorgenommen, und die Buchdruckerei beschlagnahmt, der Redakteur Joseph Wisudski und zwei Seher verhaftet. Die Sozialisten kauften aber eine neue Druckerei im Auslande, schafften sie wieder über die deutsch-russische Grenze bei Wirballen und stellten sie in Riga auf, wo der „Robotnik“ bis zum Schluß des Jahres 1904 gedruckt wurde. Anfang 1905 kam dann die Buchdruckerei nach Warschau, wo die Zeitung in einem Papierladen in der Jagodkistraße bis 1908 gedruckt wurde. Dann hob die Polizei abermals diese Geheimdruckerei auf, und das Blatt wurde bis zum Sommer 1914 an verschiedenen Stellen gedruckt, die der „Robotnik“ in seiner Chronik nicht näher bezeichnet. Jetzt erscheint es zum ersten Male seit seinem 20-jährigen Bestehen in voller Öffentlichkeit.

Aus Nah und Fern.

Ein hartes Geschick. Ein hartes Schicksal hat die Familie Robert Jahr in Berlin betroffen, indem ihre vier Söhne im Kriege gefallen sind. Bei einem Brande im Hafen von Konstantinopel hatte sich der Heizer Otto Jahr beim Rettungswerk betätigt. Er sowie zwei weitere deutsche Matrosen kamen in den Flammen um. Der zweite Sohn Paul Jahr fiel als Infanterist auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Nun kam die Nachricht, daß auch der dritte Sohn und der jüngste, ein Kriegsfreiwilliger, in den Karpathen gefallen ist.

Noch gut abgegangen. Am Wannsee bei Berlin ereignete sich durch Zusammenbruch einer Anlegebrücke ein Unfall, der glücklicherweise noch verhältnismäßig gut ablief. Es fanden etwa hundert Personen auf der Brücke, um das Motorboot zu erwarten. Plötzlich brach ein Querbalken und ein Teil der Brücke stürzte mit den darauf befindlichen zwanzig Personen in das dort ziemlich tiefe Wasser. Es war sofort von allen Seiten Hilfe zur Stelle, jedoch die Verunglückten mit einem nassen Bade davonkamen.

Eine Kartoffelschlacht in der Neumark. Aus Triesen bei Friedberg (Neumark) wird der „Freiwilligen Zeitung“ berichtet: Auf dem hiesigen Wochenmarkt forderte ein Händler aus Eschbruch für seine Kartoffeln sieben Mark für den Zentner, worauf sich ein Sturm der Entrüstung unter den vielen Hausfrauen erhob, da in den Nachbarorten Friedeberg, Arnswalde und Landsberg nur 2 bis 2,50 Mk. für den Zentner gefordert wurden. Die mit Recht empörten Frauen drangen auf den Wagen des Händlers von allen Seiten ein, worauf sich der Mann mit der Peitsche zur Wehr setzte. Die Peitsche wurde ihm von den Frauen entziffen, die ihm selbst damit über den Kopf schlugen und sein Gesicht zertraxten, so daß das Blut in Strömen floss. In dem Kampf bekam eine Frau Schreitkrämpfe und mußte vom Marktplatz getragen werden. Schließlich griff die Polizei ein und legte die Kartoffeln mit Beschlag, worauf unter behördlichem Schutz die Kartoffeln mit 4 Mk. und 4,50 Mk. verkauft wurden, so daß der Vorrat bald geräumt war. Die „Freiwill.“ bemerkt dazu, daß es faum glaublich sei, daß jetzt noch ein Händler 7 Mk. für den Zentner Kartoffeln verlange. Es sei daher den Frauen nicht zu verübeln gewesen, wenn darob ihr Blut in Wallung geraten sei und es zu einer regelrechten Kartoffelschlacht kam.

Ein Niesbrand vernichtete die neue Velfabrik der Firma Schicht Aktien-Gesellschaft in Luffig in Wöhrten. Vermutlich infolge Kurzschlusses entstand ein Brand, der an den zur Verarbeitung bereitstehenden 8 bis 10 Waggons Velfasten reichliche Nahrung fand. Die Arbeiter konnten sich zum Teil unter großer Lebensgefahr in Sicherheit bringen. Der Schaden beträgt etwa drei Millionen Kronen, ist aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb wird in der alten Velfabrik von Schicht fortgesetzt werden. — Bei dem Brand der Fabrik von Franz in Posen bei Reußadt in Sachsen sind, wie jetzt feststeht, im ganzen vierzehn Personen verbrannt. Sechs Frauen wurden durch die Explosion einer Leuchtrockete sofort getötet, während die anderen zunächst schwer verwundet wurden und noch ins Krankenhaus gebracht werden konnten. Dort sind sie gestorben. Ein weiterer Verwundeter liegt im Sterben.

Kleine Nachrichten. In Duisburg beschlagnahmte die Polizei in einer Privatdruckerei 8000 Exemplare einer Information, die die „Neuerungen Rofrhaas“ und den Brief Tepper-Casius über die englischen Friedensangebote enthielt. — Eine freiwillige Kriegsgewinnabgabe hat in Osnabrück in Baden der Gerbermeister Walz der dortigen Stadtverordnetenversammlung im Betrage von 20000 Mark zur Verfügung gestellt zu einer Stiftung, die den Zweck hat, einer mit dem Kriege zusammenhängenden Fürsorgetätigkeit der Stadt zu dienen. Das Beispiel sollte Nachahmung finden. — Rentenempfänger und Pensionäre sollen keine Herabsetzung der Rente zu befürchten haben, wenn sie durch ausschließliche Tätigkeit in der Landwirtschaft dem Vaterlande ihre Dienste weihen. Auch sollen dadurch keine Schlüsse auf die Arbeitsfähigkeit des einzelnen gezogen werden. So meldet ein Erlass des Regierungspräsidenten von Trier. — Ein Wirtschaftsbuch für Heer und Marine wird im Auftrage des preussischen Kriegsministers erscheinen. Es bezweckt eine Uebersicht der wichtigsten Maßnahmen und Verfügungen für das Heereslieferungswesen. — Eine deutsche Städteordnung für Rußisch-Polen wurde vom Generalfeldmarschall von Hindenburg für die von Deutschland verwalteten Gebiete erlassen. Danach besteht die Stadtverordnetenversammlung aus 24 in Städten über 200 000 Einwohner aus 36 Mitgliedern. Die Geschäftssprache für die Gemeindevverwaltung ist Deutsch und Polnisch; die näheren Bestimmungen über den Gebrauch beider Sprachen werden durch Geschäftsordnungen geregelt. Der Verkehr mit den deutschen Behörden ist in deutscher Sprache zu führen. Alle Bekanntmachungen, Urkunden usw. haben Deutsch und Polnisch zu lauten. Eine Verordnung des Oberbefehlshabers ist bestimmt, daß die Zivilverwaltung für Rußisch-Polen den Namen Kaiserlich Deutsche Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel erhält. — Die deutsche Sprache soll in der Türkei vom nächsten Schuljahr ab in sämtlichen Schulen eingeführt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Volksernährung.

Rede des Abgeordneten Emanuel Wurm in der Sitzung des Reichstags vom 29. Mai 1915 (nach dem amtlichen Stenogramm)

Wurm, Abgeordneter: Meine Herren! Auch meine Freunde haben durch die Verhandlungen in der Budgetkommission die Ueberzeugung gewonnen, daß die Nahrungsmittel, die in Deutschland vorhanden sind und die die neue Ernte bringen kann, vollkommen ausreichen, um jeden Nahrungsmittelpersonal zu machen. Wir sind aber auch der Ueberzeugung, daß dies nur möglich gewesen ist und sein wird dank der Organisationen, die auf dem Boden der Selbstverwaltung stehen, durch die Zehntausende von Männern und Frauen aus allen Parteien, die tatkräftig mitgewirkt haben bei der Verteilung der Lebensmittel.

Wenn aber feststeht, und das es feststeht, daß die Nahrungsmittel reichen, um so unerfreulicher, um so unerträglicher ist der Nahrungsmittelmangel, die Verteuerung der Lebensmittel, unter der die Masse der Bevölkerung zu leiden hat.

Deshalb haben meine Freunde den Antrag Nr. 89 der Drucksachen eingebracht, der die bestehenden Mängel beseitigen und helfen soll, dafür zu sorgen, daß nicht neue Mängel mit der neuen Ernte wieder einreißen.

Die Lebensmittelverteuerung

Ist vor allen Dingen hervorgerufen dadurch, daß viel zu spät und viel zu wenig planmäßig bei der Organisation der Lebensmittelbeschaffung und Verteilung vorgegangen ist. Wir haben am 4. August 1914 dem Bundesrat Vollmachten gegeben, wie sie noch niemals in Deutschland gegeben worden sind; er hat eine absolut diktatorische Vollmacht bekommen, ohne dem Reichstag Rechenschaft geben zu müssen, zu tun und zu lassen, was er für notwendig hält. Der Reichstag ist ausgeschaltet bis auf den heutigen Tag. Die Presse steht unter der Zensur, die Versammlungen, in denen über Lebensmittelverteuerung gesprochen werden soll, werden verboten, die Konsumenten haben keine Möglichkeit, sich zu wehren gegen den Mangel, der mit ihnen getrieben wird. Um so schmerzlicher ist die Verantwortung, die der Bundesrat zu tragen hat. Soweit es an uns liegt, soweit es an den Vertretern der Konsumenten lag, haben wir versucht, auf den Bundesrat einzuwirken. Der Vorstand meiner Partei in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften hat bereits am 13. August, am 14. November 1914, im Januar dieses Jahres ausgearbeitete Vorschläge dem Bundesrat mitgeteilt, wie beschlagnahmt werden soll, was zu beschlagnahmen ist, in welcher Weise

die Höchstpreise

festzusetzen seien. Die Städte sind vorgegangen, der Deutsche Städtebund hat sich gerührt — alles war vergeblich, alles, was vom Bundesrat getan wurde, ist viel zu langsam, in viel zu geringem Maße geschehen, zum Teil auch von verkehrten Grundgedanken aus, nämlich von einer schlimmen und falschen Theorie, die in dem Gedanken gipfelt: hohe Preise wären notwendig, um das Volk zum Sparen zu bringen.

Den Landwirten war freilich diese Theorie der Verteuerung der Lebensmittel als Anreiz zum Sparen sehr angenehm, und so nur eine Möglichkeit vorhanden war, die Preise in die Höhe zu schrauben, haben sie es getan, und so eine Bude in den Verordnungen war, hat sie der Handel ausgenutzt. Meine Herren, wollen Sie bestreiten, daß ein großer Teil der Schuld die Landwirte mit trifft?

Wie war es mit den Kartoffeln?

Der Bundesrat hat zunächst am 23. November Höchstpreise für die Produzenten mit 55 bis 61 Mk. pro Tonne festgesetzt, Preise, die ungefähr den vorhandenen Verhältnissen entsprachen. Was aber haben viele der Herren Landwirte getan? Da keine Beschlagnahme erfolgte, sondern nur Höchstpreise für die Produzenten festgesetzt waren, haben viele Landwirte ihre Kartoffeln zurückgehalten und haben auf höhere Höchstpreise gewartet. Sie haben so gute Meinungen gehabt — und wir werden sehen, daß auf vielen Gebieten diese ahnungslosen Engel vorhanden sind — sie haben geglaubt: diese ihnen zu niedrigen Höchstpreise sind eine vorübergehende Ercheinung. Und sie behielten recht! Am 15. Februar kamen dann um 35 Mk. höhere Höchstpreise, also 55 plus 35, mithin 90 Mk. für die Tonne, 4 1/2 Pf. für das Pfund, das macht eine Preissteigerung von 64 Proz. Aber auch dann noch hielten viele Landwirte ihre Kartoffeln weiter zurück; sie warteten auf noch höhere Höchstpreise, und da diese nicht für den Kleinhandel festgesetzt und die Kartoffeln knapp waren, stiegen die Kartoffelpreise im Kleinhandel nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Dann kam im April dieses Jahres die Neugründung der Reichsstelle für Kartoffelversorgung. Man hat sie umgetauft in „Reichsstelle für Kartoffelverteuerung“.

Diese hat den neuen Grundgedanken aufgestellt, man müsse „den Landwirten einen Anreiz zum Verkauf bieten, um dadurch die Kartoffel der Bevölkerung zu entziehen“, und dieser Anreiz wurde dadurch geschaffen, daß man steigende Zuschläge gab, die man mit einem häßlichen Fremdwort — Fremdwörter sind ja immer häßlich — als Reports bezeichnete. Wir nennen sie gut deutsch Liebesgaben, (siehe gut! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts) Liebesgaben für die Kartoffelagrarier als Ausgleich für ihr Risiko, als Ausgleich für die Kosten der Aufbewahrung usw., aber in einer Höhe, die zur Folge hatte, daß jetzt sehr viele der Herren bedauern, daß dieser Anreiz gekommen ist, denn er hat über das Maß des für sie Vorteilhaften hinaus die Herren angereizt, die Kartoffeln zu lange zurückzuhalten; sie haben nämlich darauf spekuliert, daß sie schließlich nach dem 20. Juni den höchsten Zuschlag von 8 Mk. pro Doppelzentner bekommen werden. Die Natur läßt aber ihrer nicht spotten; das warme Wetter hat die Kartoffeln zum Keimen gebracht, und so und so viel Kartoffeln sind verdorben, weil sie durch die Eier gewisser Leute zurückgehalten worden sind. (Recht! Zustimmung der Sozialdemokraten.) Nun hatte die Reichsstelle für Kartoffelversorgung die Preise deshalb hochhalten zu müssen geglaubt, um die Gefahr zu vermeiden, daß mit den für die Menschen notwendigen Kartoffeln die Schweine gefüttert würden. Mit Recht waren ja ernste Bedenken laut geworden, daß uns durch die Schweine die Kartoffeln weggefressen werden. Man hat nun darüber gelaßt, als sich herausstellte, daß noch genügend Kartoffeln vorhanden waren, obwohl nicht soviel Schweine geschlachtet

wurden, wie von mancher Seite gefordert worden war. Man hat von einer Blamage der Wissenschaft gesprochen, von einer Blamage der Professore, von einer Blamage der Statistik. In agrarischen Blättern habe ich diese Triumphrufe wiederholt gelesen. Ach, meine Herren, wenn von einer Blamage die Rede sein kann, so war es eine

Blamage der Verwaltungsbehörden,

die nicht imstande waren, eine richtige Statistik aufzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Preise der Kartoffeln sind nun im letzten Monat so gestiegen, daß sich die Reichsstelle für Kartoffelversorgung sagte: mit diesen Zuschlägen ist freilich die große Masse der Bevölkerung — die 95 Proz. — nicht mehr in der Lage, die Kartoffeln zu bezahlen. Bedenken Sie, meine Herren: zu den 85 Mk. kommen dann im Juni noch 80 Mk. Zuschlag; das macht 165 Mk. pro Tonne Kartoffeln, also 8 1/2 Pf. für das Pfund. Wenn die Speisen des Detailhandels dazu treten, so würde das Pfund Kartoffeln 11 Pf. kosten. Die Reichsstelle sieht nun ein, daß das nicht geht, und infolgedessen hat die Reichsfinanzverwaltung den Kommunalverbänden erklärt, daß sie die Zuschläge — eben jene Liebesgabe — ersehen will, aber nur für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Grenze der minderbemittelten Bevölkerung ist nun in Preußen mit 2400 Mk. angenommen worden, in Sachsen gar nur mit 1900 Mk. Das ist eine ganz schiefere Berechnungsweise. Eine zweiköpfige Familie mit 2400 Mk. Einkommen befindet sich viel weniger in einer Notlage als eine sechsköpfige mit 3000 Mk. Und wer will denn heute, wo sich die Einkommensverhältnisse infolge des Krieges geändert haben, feststellen, welches Einkommen jemand hat?

Die Gemeinden sind infolge des Krieges schon mit sehr großen Ausgaben belastet.

Sie verlangen mit Recht, daß diese neue Last das Reich trägt, und sie fordern deshalb, daß die Einkommensgrenze aufgehoben wird und von der Reichsfinanzverwaltung den Gemeinden für ihren ganzen Bedarf der Zuschuß gezahlt wird.

Wir müssen aber auch verlangen, daß der Höchstpreis für Kartoffeln heruntergesetzt wird. Dieser Höchstpreis kam heruntergesetzt werden; denn er wurde geschäft zu einer Zeit, als man annahm, daß nicht genug Kartoffeln da sind, daß weniger da sind, als sich jetzt herausgestellt hat. Nun wendet man ein, man könne unmöglich jetzt so „ungerecht“ sein, die Höchstpreise herunterzusetzen, weil die meisten Kartoffeln jetzt in den Händen der Händler seien. Die Händler hätten sich, weil sie wußten, daß sie später 8 Mk. Zuschlag zahlen mußten, jetzt schon, wo der Ausschlag nur 3 Mk. betrug, mit großen Vorräten von Kartoffeln versehen. Sehe man jetzt die Preise herunter, so seien die Händler hereingefallen. Aber da müssen wir doch sagen: was geht denn das das Volk an? Wenn jemand ein Risikogeschäft unternimmt, so steckt er, wenn er Glück hat, ruhig seinen Gewinn ein. Es kommt da auch noch etwas anderes in Betracht.

Nest kommen so viel Kartoffeln auf den Markt, daß die Reichsstelle für Kartoffelversorgung tatsächlich nicht weiß, wo sie damit hin soll.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsstelle für Kartoffelversorgung kommt deshalb den Gemeinden jetzt mit den Vorschlägen: kauft jetzt, soviel ihr könnt; wir geben euch dann pro Doppelzentner eine Mark Report, eine Mark Liebesgabe für die Kosten der Lagerung, für die Schäden durch Verderb usw. Wie wird da aber wieder mit ungleichem Maße gemessen. Wenn die Gemeinden jetzt Kartoffeln kaufen, bekommen sie eine Mark. Wenn sie aber der Landwirt liegen läßt und nach dem 20. Juni zur Reichsstelle für Kartoffelversorgung bringt, so bekommt er für dasselbe Risiko 4 Mk. Entweder sind nun diese 4 Mk. zu viel, wie ich vorhin behauptet habe, dann soll man dem Landwirt auch nur eine Mark geben. Oder der Satz von 4 Mk. ist richtig, dann muß man auch der Gemeinde 4 Mk. geben; sonst kann sie auf dieses Geschäft nicht eingehen.

Beim Getreide war es ebenso.

Für das Getreide wurden Höchstpreise festgesetzt, für das Mehl nicht.

Der Herr Berichterstatter hat schon mitgeteilt, darüber habe in der Kommission Einstimmigkeit geherrscht, daß ein unzüchtiger Widerspruch zwischen dem Mehl- und Getreidepreisen besteht. Ich will nur eine Zahl hier nennen, die den Herren von der Landwirtschaft nicht neu ist. Wir sehen, wenn wir die Preise von 1914 und 1915 vergleichen, daß die Spannung zwischen Getreidepreis und Mehlpreis beim Weizen im März 1914 und 1915 von 56 Mk. auf 183 Mk. gestiegen ist (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), also auf das Dreifache, während die Spannung beim Roggenmehl in derselben Zeit von 47 Mk. auf 223 Mk. stieg, also auf das Fünffache. Da ist es dann kein Wunder, daß die Großmühlen, wie jetzt aus den Geschäftsberichten wieder hervorgeht, 12, 14, 18 Proz. Dividende geben können. Wir stimmen darin mit den Herren Agrariern überein, daß diese Mühlen einen zu hohen Gewinn erzielt haben. Aber wir zweifeln, daß bei den Vorschlägen des Deutschen Landwirtschaftsrats das Volk billiger wegkommt!

Beim Fleisch gibt es gar keine Höchstpreise,

auch nicht für Vieh. Der Preis stieg mehr und mehr, denn es gab den fehlerhaften Preislauf: erst wurden die Kartoffelpreise höher, infolgedessen wurden die Fleischpreise höher. Dann wurden eben wegen der hohen Viehpreise wieder die Kartoffelpreise erhöht (Scherzzeit), und so ging es unablässig weiter. Schließlich kam dazu, daß eines Tages die Behörden Angst betreffs der Fleischversorgung bekamen, und es wurde der Ufas erlaubt, daß von den Gemeinden bis 15 Mk. auf den Kopf Dauerware angekauft werden müsse. Infolgedessen wurde nun überall Vieh aufgekauft und gingen nun die Preise selbstverständlich erst recht in die Höhe. Die Händler schmunzeln und die Landwirte auch, und die Folge war, daß, während die Schweine im Mai 1914 in Berlin 60 Mk. kosteten, sie im Mai 1915 auf 148 Mk. stiegen und noch dazu von schlechterer Qualität waren. Nun wurde Anfang Mai dieser Kaufzwang für die Gemeinden wieder aufgehoben, aber trotzdem sanken die Preise nicht. Wie ist das zu

erklären? Sehr einfach! Dadurch, daß infolge des Zurückhaltens der Kartoffeln vom Markt so viel verdorbene Kartoffeln da sind! Und so haben wir als Erfolg der behördlichen Anordnungen: teure Kartoffeln und teure Schweine! Deshalb verlangt unser Antrag, daß sofort Höchstpreise für Fleisch festgesetzt werden.

Für die Zukunft aber wollen wir den Bundesrat allein nicht mehr mit dieser Verantwortung belasten, sondern wir beantragen, daß an Stelle des Bundesrats eine andere Institution tritt:

ein Ausschuß für Lebensmittelversorgung.

Dieser soll aus 12 Mitgliedern des Reichstags bestehen, aus 12 Mitgliedern des Bundesrats und einem Vorsitzenden, den der Reichsfinanzminister bestimmt. So wäre der Reichstag organisatorisch verbunden mit all den Maßnahmen, von denen er jetzt ausgeschaltet ist. Jetzt, wo unsere gesetzgeberische Tätigkeit brachliegt, erfahren wir erst nachträglich, was geschehen ist. Wir haben niemanden, den wir zur Verantwortung ziehen können. Am Bundesrat können wir nur Kritik üben, aber eine direkte Beeinflussung ist nicht möglich. Durch den von uns vorgeschlagenen Ausschuß erreichen wir, wenn auch auf indirektem Wege, daß das Volk ein Mitbestimmungsrecht hat bei der Feststellung der Nahrungsmittelpreise. Und damit eine planmäßige Regelung der Nahrungsmittelversorgung vorgenommen werden kann, soll dieser Ausschuß für Lebensmittelversorgung in Funktion treten in einer

Reichsstelle für Lebensmittelversorgung.

Wir fordern im Gegensatz zu den Anschauungen des Deutschen Landwirtschaftsrats eine Zentralstelle, in der sämtliche Fäden zusammenlaufen und so einen Ueberblick geben über alle für die Lebensmittelversorgung getroffenen Maßnahmen.

Die Landwirtschaft kann und darf nicht verlangen, daß sie Herr im Lande ist, dem sich die Verbraucher auf Geduld und Verbrauch unterzuordnen haben, und ein solches Programm, daß die Landwirtschaft der Herr ist, dem sich die Konsumenten unterzuordnen haben, enthalten nach meiner Auffassung die

Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Meine Freunde und ich sind mit vielen Leistungen der Kriegsgetreidegesellschaft nicht zufrieden, wir haben ihr mancherlei Vorwürfe machen müssen, so auch den, daß sie zu hohe Mehlpreise forderte, die sie erst allmählich herabgesetzt hat. Die Kriegsgetreidegesellschaft hat gewiß nicht immer glücklich disponiert bei der Festsetzung der Preise. Aber die Hauptursache der Mängel war doch, daß sie viel zu spät ins Leben gerufen worden ist, und daß sie eine Wirrnis, ein Chaos vorband, das sie erst allmählich in Ordnung bringen konnte. Meine Herren, ich will nur noch auf einen Fehler der

Dispositionen der Kriegsgetreidegesellschaft

zurückkommen, einen Fehler, der wohl eben durch die mangelhaften Angaben der Verwaltungsbehörden verschuldet worden ist, nämlich daß man annahm, wir hätten so wenig Weizen, daß man das Essen von Weizenbrot geradezu als Hochverrat hinstellte und das Weizenbrotessen einschränkte. Jetzt hat sich herausgestellt, wir haben weit mehr Weizen, und jetzt ist es wieder sehr patriotisch, Weizenbrot zu essen. Kaum zeigt sich aber ein Vorteil für das Volk, so kommt auch schon eine Interessentengruppe, die den Vorteil für sich haben will. Dadurch, daß mehr Weizenbrot auf den Markt kommt, wächst der Appetit nach frischen Brötchen, und sofort kommen die Bäcker und erklären: nun kann das Nachtbrotverbot aufgehoben werden, wir wollen auch wieder des Nachts backen. Wir hoffen, daß der endlich errungene soziale Fortschritt, daß die Bäckerarbeiter nicht nachts zu arbeiten haben, beibehalten und nicht erst wieder beseitigt wird. Selbstverständlich muß die Kriegsgetreidegesellschaft und müssen ebenso alle anderen Organisationen, die für die Einkäufer der Lebensmittelversorgung zu schaffen sind, nicht eine Privatunternehmensgesellschaft sein. Das ist die Kriegsgetreidegesellschaft auch nicht. Der § 5 des Statuts der Kriegsgetreidegesellschaft spricht davon, daß sie eine gemeinnützige Gesellschaft sei und die

Ueberschüsse an das Reich abliefern

soll zur Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere zugunsten der Kriegs- und Hinterbliebenenversicherung. Das dieser Zweck ein guter ist, das ist selbstverständlich. Aber das Mittel ist falsch. Unmöglich kann man den Gedanken ausdenken, daß durch die Verteuerung des Brotes den armen Kriegern und Hinterbliebenen geholfen werden soll, daß die Armen zahlen sollen für die Armen! Nein — die Verwaltung der Kriegsgetreidegesellschaft muß eben derart eingerichtet sein, daß Ueberschüsse überhaupt nicht gemacht werden, und wenn sie vorübergehend in Erscheinung treten, dann müssen diese Ueberschüsse so rasch wie möglich beiseite gezogen werden durch

Herabsetzung der Preise!

Jetzt ist ja dieser Grundsatz befolgt; augenblicklich entspricht der Preis, der für Mehl von der Kriegsgetreidegesellschaft gefordert wird, genau den jetzigen Höchstpreisen des Roggens. Und was erleben wir jetzt? Die Kriegsgetreidegesellschaft hat vor wenigen Tagen den Preis herabgesetzt; bevor sie aber den Preis herabgesetzt hat, ist von ihr nach wie vor und, wie von einigen Seiten behauptet wird, sogar in verstärktem Maße an die Gemeinden die Aufforderung ergangen, sich ja recht viel mit Mehl zu versorgen. Da haben wir nun die Befehrerung! Die Gemeinden haben das Mehl zu teureren Preisen gekauft; inzwischen hat die Kriegsgetreidegesellschaft den Mehlpreis herabgesetzt, und nun stehen die Gemeinden vor der Zwangslage: entweder sie verkaufen ihr Mehl und damit das Brot teurer, als es dem Mehlpreise entspricht, der von der Kriegsgetreidegesellschaft augenblicklich festgesetzt ist, und rufen dadurch den Unwillen der Bevölkerung mit Recht hervor — oder aber sie geben ihre Vorräte so billig ab, wie es dem heutigen Mehlpreise entspricht, und müssen dann das Geld aus ihrer Tasche, d. h.

aus der Tasche der Steuerzahler

und auch der armen Bevölkerung, mit zusehen. Das ist kein

Wird gefundes Vorgehen, und wir fordern daher, daß die Kriegsgetreidgesellschaft ihre Preisermäßigung zurückdatiert für die Lieferungen, die sie an die Gemeinden in den letzten Wochen machte, da sie die Gemeinden nicht darüber aufgeklärt hat, daß sie in der Lage sein wird, baldigt den Preis weiter herabzusetzen. Dagegen ist der

Vorschlag des Landwirtschaftsrats

von Geburt aus erheblich belastet mit der Tendenz: „Wir, die Landwirte, sind die Herren, ihr Gemeinden seid die Empfänger; ihr müßt nehmen, was wir euch bieten.“ Bei dem Vorschlag — des Bundes der Landwirte, hätte ich beinahe gesagt: es kommt auf dasselbe hinaus! — des Deutschen Landwirtschaftsrats ist der Konsument ganz ausgeschaltet. Wohl sagte auch die „Kreuzzeitung“ erst vorgestern, daß das Mehl und das Brot im Laufe des ersten Kriegsjahres eine Preissteigerung erfahren habe, welche in schreiendem Mißverhältnis zu den Höchstpreisen für Getreide stehe. Aber, meine Herren, der Vorschlag des Landwirtschaftsrats würde an diesem Mißverhältnis nichts ändern — er würde nur verhindern, daß die Mühlen so hohen Mahlohn bekommen, absolut aber nicht, daß das Brot teurer wird. Im Gegenteil: § 8 des Statutenentwurfs, den uns der Landwirtschaftsrat in der Budgetkommission vorgelegt hat, sagt: die Höchstpreise werden festgelegt durch die Produzenten. Also die Produzenten, die Agrarier, setzen den Höchstpreis fest; sie sind die Verkaufs- und Verteilungsstelle, und der Konsument ist derjenige, dem man für sein gutes Geld gnädigerweise zu teurem Preise Ware verkauft! Die Konsumenten haben aber keine Lust, in diese Frontrolle hineinzukommen!

In § 4 heißt es dann, daß die Produzenten an die Konsumenten die Mengen überweisen sollen, die für Stadt und Land verschieden groß sein sollen. Nun ist gar kein Zweifel darüber, daß die einzelnen Bevölkerungsschichten verschiedene Mengen von Mehl und Brot brauchen, und wir bedauern lebhaft, daß es vielen Gemeinden nicht möglich ist, einen Unterschied in der

Verteilung der Brotrationen

zu machen. Aber dieser Unterschied gilt doch nicht nur für Stadt und Land, sondern für die verschiedenen Bevölkerungsschichten je nach ihrem Arbeitsberuf, mögen es nun städtische oder ländliche Arbeiter sein. Schwer körperlich Arbeitende haben mit dem Normalmaß von 200 Gramm Mehl oft nicht genug.

Zusatzbrot können die Gemeinden aus ihren Beständen kaum geben. In den meisten Gemeinden ist die Grenze dessen, was bei den vorhandenen Mehlmengen gegeben werden kann, erreicht. Die Ueberschüsse, die an Brotmarken in den wohlhabenden Bezirken gemacht werden, sind schon hineingerechnet, und z. B. in Berlin ist der Ueberschuß von 4½ bis 5 Proz. der ausgegebenen Brotmarken bei den 1950 Gramm, die wir pro Woche Brot geben, schon mit hineingerechnet. Deshalb habe ich bereits in der Budgetkommission die Forderung aufgestellt, die auch der Berichterstatter erwähnt hat, und wiederhole sie jetzt: die Kriegsgetreidgesellschaft soll aus ihren Reserven den Gemeinden Getreidemengen zur Verfügung stellen, damit die

schwerarbeitende Bevölkerung etwas mehr Brot bekommen kann, als ihr durchschnittlich gegeben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Vorschlag des Deutschen Landwirtschaftsrats gibtelt darin, daß die landwirtschaftlichen Organisationen die Verwaltung in die Hände bekommen sollen, und daß sie allein das Verfügungsrecht haben. Nun, wie solche landwirtschaftlichen Organisationen wirken, dafür liegt uns schon ein Beispiel vor, und zwar aus Bayern. In Bayern ist nach dem berühmten alten Rezept des Reservatrechts die Kriegsgetreidgesellschaft ausgeschaltet gewesen. Bayern hat nicht mit der Kriegsgetreidgesellschaft gearbeitet, sondern ausschließlich mit seinen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Wie aber ist es dabei der Bevölkerung ergangen? Bayern hat die Höchstpreise der Kriegsgetreidgesellschaft zu Mindestpreisen gemacht, unter die nicht heruntergegangen werden durfte und darf. Es ist, wie in der Budgetkommission bereits durch meinen Fraktionskollegen Simon mitgeteilt worden ist, folgender tragikomischer Fall passiert. Die Gemeinde Herzogenaurach hatte billiges Mehl liegen und wollte es zum Selbstkostenpreise an die Wäcker abgeben. Es wurde ihr aber vom Bezirksamt verboten, daß sie ihrer eigenen Bevölkerung billiges Mehl und billiges Brot gab, da nach der Regierungsverordnung vom 18. Februar 1915 die Preise der Kriegsgetreidgesellschaft unter keinen Umständen unterschritten werden dürften (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß obwohl die Gemeinde ihr Mehl mit 36 Mk. abgeben wollte, sie sich 42 Mk. zahlen lassen mußte, obgleich sie ausdrücklich erklärt hatte, keinen Getreidewucher treiben zu wollen.

Weiter: die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben so schlecht disponiert und so schlecht gearbeitet, daß nach den Berichten, die mir von meinen bayerischen Kollegen gemacht worden sind und die in einer soeben erschienenen Denkschrift „Die Kriegsfürsorge in Bayern“, bearbeitet von unserem Kollegen Martin Segitz, bekräftigt werden, die Mehlversorgung in Bayern außerordentlich mangelhaft war, so daß München tagelang in Gefahr war, ohne Brot zu sein.

Die nötige Mehlmenge ist und war im Lande vorhanden, es fehlte aber an der richtigen Disposition.

Daß die Herren Landwirte im vergangenen Jahr keinen Schaden gehabt haben, dafür war ein Beispiel. Die 18. ordentliche Generalversammlung der Landesgenossenschaft für das Königreich Sachsen hat soeben ihren Bericht über das Jahr 1914 erlassen. Da heißt es wörtlich im Geschäftsbericht:

Das Jahr 1914 — das Kriegsjahr, in dem Millionen Not liden! — hat ein günstigeres Ergebnis gezeitigt als die beiden Jahre vorher. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir fordern also, daß eine Reichsstelle für Lebensmittelversorgung

eingerichtet wird, die nicht ausschließlich unter der Leitung des Bundesrats steht, sondern bei der auch Mitglieder des Reichstags mitwirken und die dem Reichstag dadurch verantwortlich ist, daß der Reichsanwalt die Verantwortung für sie trägt, so daß er hier Rechenschaft über deren Geschäftsführung geben muß und die Volkvertretung ihre Meinung dazu äußern kann.

Wir fordern weiter, daß diese Reichsstelle das Recht erhält, Getreide, Kartoffeln, Zucker, Hülsenfrüchte und Vieh sowie deren Erzeugnisse zu beschlagnahmen und sie den Organisationen der Verbraucher in erforderlicher Menge und Güte zur Verfügung zu stellen. Die Organisation der Verbraucher ist die Kriegsgetreidgesellschaft, es können auch die Kommunalverbände sein, es sind aber auf jeden Fall auch die Konsumgenossenschaften. Alle diese Organisationen müssen das Recht haben, in direkter Verbindung mit der Reichsstelle die Versorgung von Nahrungsmitteln zu übernehmen. Wir brauchen dringend eine planmäßige Organisation, die rechtzeitig geschaffen wird, damit nicht wieder solcher Unfug wie in den ersten Monaten des Krieges Platz greifen kann.

Wir brauchen aber auch eine Organisation, die unter staatlicher und parlamentarischer Kontrolle steht. Wir lehnen ab den Gedanken, der in der Eingabe des Vorstandes des Vereins der Berliner Getreide- und Produzentenhandler zum Ausdruck kommt, daß das freie Spiel der Kräfte weit besser sei als all die Organisationen. Nein,

dieses freie Spiel der Kräfte ist eben schuld,

daß es zu solch schlimmen Zuständen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gekommen ist. Wohin das freie Spiel der Kräfte führt, das sehen wir jetzt, wo Spekulantente wieder an der Arbeit sind, um Vorkäufe für Getreide zu machen, und es ist höchste Zeit, daß alle diese Vorkäufe von Getreide für nichtig erklärt werden, sonst werden wir bald wieder vor der Katastrophe stehen, daß die Preise der Lebensmittel durch die Vorkäufe zu Wucherpreisen in die Höhe getrieben werden — Wucherpreise, ein anderer Ausdruck läßt sich nicht geben. Auf allen Gebieten, auch wo in unbegrenztem Maße jobiel Vorräte als in Friedenszeit zur Verfügung standen, sind durch ein verwerfliches Spekulantentum die Preise in die Höhe getrieben worden. Es hat sich eine Sorte von Schmarozkern eingenistet, wie sie eben der Krieg geschaffen hat, Leute, die in allen möglichen Gegenständen handeln. Man braucht bloß die großen Handelsblätter zu lesen, was da alles von diesen genialen Leuten angegriffen wird. 50 Waggons Speisebohnen, 10 Waggons grüne Erbsen, 20 000 Kilo gebrannter Kaffee, 25 000 Kilogramm Schweinefleisch, 25 000 Kilo Wurst und 2 Waggons grüne Schmierseife hat ein und derselbe Auktioner zu verkaufen. Durch diesen verwerflichen Zwischenhandel sind die Nahrungsmittelpreise in die Höhe getrieben worden, und das muß verhindert werden durch rechtzeitige Beschlagnahme und durch eine unbestechliche, von keiner Seite beeinflusste Verwaltung, die die Interessen der Gesamtheit wahrnimmt.

Die Verteuerung ist auf einigen Gebieten riesengroß.

Ich will nur hintweisen auf die amtlichen Preisberichte zur Statistischen Korrespondenz, die von dem königlich preussischen Statistischen Landesamt herausgegeben und auch jetzt während des Krieges in dankenswerter Weise veröffentlicht werden. Vom April des vorigen Jahres bis zum April dieses Jahres sind pro 100 Kilogramm die Erbsen gestiegen von 40 auf 122 Mk., also um 205 Proz., die Kartoffeln von 7,20 auf 15,20 Mk., also um 111 Proz., das Roggenmehl von 29 auf 49 Mk., also um 69 Proz., das Roggenbrot von 28 auf 44 Mk., also um 57 Proz., die Milch von 21 auf 24 Mk., also um 14 Proz., die Eier (1000 Stück) von 73 auf 117 Mk., also um 46 Proz., die Butter (100 Kilogramm) von 273 auf 340 Mk., also um 24,5 Proz. Ähnliche Ziffern gibt uns die Statistik der Großverkaufsgenossenschaft in Hamburg. Wenn man nun auf den Kopf der Bevölkerung als Nahrungsmittelposten 60 Pf. täglich rechnet und annimmt, daß die Nahrungsmittel nur um 25 Proz. verteuert worden sind, so gibt das bei einem täglichen Verbrauch an Nahrungsmitteln von 40 Millionen Mark täglich 10 Millionen Mark Mehrausgaben, die zum großen Teile durch dieses Spekulantentum und das verpödete Eingreifen der Behörden verursacht werden. 10 Millionen Mark täglich — das macht für diesen Krieg von 300 Tagen bereits eine Kriegsteuer von 3 Milliarden Mark, um die die Nahrungsmittel verteuert sind, obgleich dazu keine Ursache vorhanden ist.

Ein typisches Beispiel hierfür ist der Zucker.

Deutschland ist das zuckerreichste Land der Welt. Wir haben in diesem Jahre mehr Zucker gehabt als jemals zuvor, weil wir keinen Export hatten. Es stand uns also eine Menge von 55 Millionen Zentnern Rohzucker zur Verfügung, und obwohl diese große Menge Zucker vorhanden ist, sind die Preise für Zucker in die Höhe gegangen! Zuerst wollte der Bundesrat den Export nach dem neutralen Ausland freigegeben. Das hätte zur Folge gehabt, daß das neutrale Ausland den Zucker nach England weitergegeben hätte. Da aber England mit Rücksicht auf seine Kolonien ein Zuckereinfuhrverbot erließ, so war das für uns in Deutschland günstig, denn nun wurde vom Bundesrat die Ausfuhr von Zucker nach den neutralen Ländern nicht freigegeben. Es blieb also der ganze Zucker mit 55 Millionen Zentnern in Deutschland. Von diesen kommen in normalen Jahren 25 Millionen Zentner zum menschlichen Verbrauch. Wäre also der ganze in Deutschland produzierte Zucker auf den Markt gekommen, so wäre dies mehr als das Doppelte gewesen, was gebraucht wird. Daraufhin bestimmte im Oktober der Bundesrat, daß von der Produktion 65 Proz. für die menschliche Ernährung und 35 Proz. für die Verfütterung verwendet werden sollen. Dabei wurde aber festgesetzt, daß nicht die ganzen 65 Proz. auf einmal auf den Markt kommen, sondern nur — warum? habe ich ja schon nie begriffen, — allmählich, diese 65 Proz., die, wie gesagt, reichlich über das hinausgehen, was wir in

Deutschland brauchen. Selbstverständlich war nur, da nur 25 Proz. auf den Markt kamen, eine Knappheit an Zucker da, und wenn eine Ware knapp ist, steigt der Preis. Nun war zwar ein Höchstpreis festgesetzt, aber nur für die Produzenten von Rohzucker, nicht für den Handel und nicht für die Raffinerien, und von diesen wurden nun die Preise geschraubt. Dann wurden im Januar vom Bundesrat noch 15 Proz., am 15. April noch 10 Proz. freigegeben, und jetzt ist der Rest von 15 Proz. ebenfalls freigegeben worden. Vom Januar d. J. ab waren zu dem Höchstpreise von 19,50 Mk. für Verbrauchsucker jeden Monat 15 Pf. Zuschlag gekommen — wieder als Entschädigung für Lagerungsrisiken, Verzinsung usw., das machte bis zum Monat Mai 75 Pf. Infolgedessen mußte Ende Mai der Preis betragen 19,50 Mk. plus 0,75 Mk., also 20,25 Mk. Das ist der höchste Höchstpreis für Rohzucker, höher geht es nimmer, so denkt das Publikum. Vor ein paar Tagen aber fand die Generalversammlung des Vereins der deutschen Zuckerindustriellen statt. Und dort trat der Rittergutsbesitzer von Nahrung auf und bewies, daß er an Abmungen leide. Er ahnte, daß eine

Erhöhung der Zuckerhöchstpreise

mit Bestimmtheit zu erwarten sei. Als ich das im Bericht las, dachte ich: welch ahnungsvoller Engel! Im Gesetz steht doch drin — ich sah es extra noch einmal nach —: die Höchstpreise des Zuckers werden bis zum Höchstpreis von 20,25 Mk. erhöht, dann gibt es keine Steigerung mehr. Aber was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe! Der Bundesrat ist allmächtig und hat vorgefunden die Verfügung getroffen: vom 1. Juni ab kommen bis August neue Zuschläge, und zwar nicht von 15 Pf. pro Monat, sondern von 40 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß in den drei Monaten bis August noch Zuschläge von 1,20 Mk. auf den Zucker hinzukommen. Meine Herren, was soll da die ganze Höchstpreissfestsetzung! Wenn die Produzenten aus der Erfahrung lernen, dann sehen sie eben, daß Höchstpreise bisher nur dazu dagewesen sind, um höhergelegt zu werden, daß, wenn der Ansturm der Produzenten, die Klagen der Produzenten in ihren Generalversammlungen und bei ihren Besprechungen in die Ministerien kommen, dann die Höchstpreise wieder erhöht werden. Das ist mit einer der Gründe, warum ich Ihnen, ans Herz lege, diese Vollmachten zur Festsetzung der Höchstpreise nicht allein dem Bundesrat zu geben, sondern einem Ausschuß, wie wir ihn vorschlagen, in dem der Reichstag mit vertreten ist, so daß wir ein klares Bild über das bekommen, was da vorgeht. Statt daß man den Zucker verbilligt — wo wir doch voraussichtlich immer mehr Fettmangel bekommen werden und Zucker ein vorzügliches Ersatzmittel für Fett ist und Fett und Zucker eine der notwendigsten Nahrungsmittel sind, die wir gerade der jüngeren und arbeitenden Bevölkerung zuführen können —, statt daß man den Zucker verbilligt, statt daß man in Kriegzeiten die Zuckersteuer aufhebt, deren Erträge bei den enormen Kriegskosten jetzt gar keine Rolle spielen können, statt daß man dadurch der Bevölkerung ermöglicht, 14 Pf. am Kilo Zucker zu ersparen und dadurch mehr Zucker zu kaufen —, statt dessen werden Maßnahmen getroffen, die es der Spekulation ermöglichen,

die Preise des Zuckers in die Höhe zu treiben.

Die übrigen Forderungen, die unser Antrag vertritt, sind selbstverständlich. Es darf nichts von dem vergeudet werden, was an Nahrung da ist, es darf kein Getreide zur Verfütterung benutzt werden, es darf nichts, was zur menschlichen Nahrung dienen kann, zur

Braunweinherzeugung

verwendet werden: weder Getreide, noch Kartoffeln, noch Obst und Beeren, sondern nur das, was zur menschlichen Nahrung nicht dienen kann. Darin gebe ich den Landwirten recht, daß gewisse Kartoffeln, wie ich ja als Fachmann weiß, nicht zur menschlichen Nahrung, auch nicht zum Viehfutter mehr dienen können, auch mancherlei Obst und Beeren. Was aber abgesehen davon an Obst und Beeren vorhanden ist, das sollte mit Zucker zu Marmeladen bearbeitet werden, die ein vorzügliches Ersatz für das mangelnde Fett geben werden.

Begüglich der Einschränkung des Malzgebrauchs für die Bierbrauerei, wie sie bereits vom Bundesrat festgesetzt ist, erwarten wir mit Bestimmtheit, daß sie in der bisherigen Form aufrechterhalten wird, so daß jede Vergeudung notwendiger Nahrungsmittel verhindert wird und dem Volke das bleibt, was auf seiner Scholle wächst.

Damit aber das, was auf seiner Scholle, auf dem Lande, in dem wir leben, wächst, dem Volke zugute kommt, brauchen wir den Schutz gegen die Lebensmittelwucherer auf jedem Gebiete, wir brauchen einen Schutz dagegen, daß das, was Deutschland an Nahrung besitzt, ihm durch Wucherer von Produzenten und Händlern nicht genommen wird. Dann erst kann die Hoffnung unserer Feinde aufgegeben werden, nur dann kann die Hoffnung auf einen baldigen Frieden verwirklicht werden, wenn es sich zeigt, daß unser Nahrungsmittelmarkt unerschüttert dasteht, daß wir in der Lage sind, ihn trotz aller Wucherschaften unserer Gegner aufrechtzuerhalten. Deswegen fordern wir:

Schützen Sie die Frauen und Kinder derjenigen, die draußen ihr Leben opfern, gegen das Hungern und Darben, das nur bedingt wird durch unnütze Lebensmittelwucher und nur durch das beseitigt werden kann, was wir Ihnen vorschlagen! Schützen Sie das Volk vor den Betrügnern, die ihm die Lebenskraft rauben!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegspflicht!

Heiligste Pflicht der Arbeiter in diesen erusten Zeiten ist es, den von ihnen selbst geschaffenen Organisationen die Treue zu bewahren. Ein jeder organisierte Arbeiter fülle in den Organisationen die durch den Krieg gerissenen Lücken aus; werde nach besten Kräften für die Arbeiterorganisationen!

haltet Treue, tretet ein in die sozialdemokratischen Vereine, werbet Abonnenten für den „Lübecker Volksboten“!